

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

**Ausschuss für Integration,
Frauen und Gleichstellung,
Vielfalt und Antidiskriminierung**

41. Sitzung
13. November 2025

Beginn: 14.06 Uhr
Schluss: 16.42 Uhr
Vorsitz: Ülker Radziwill (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2553
**Gesetz zur Reform des Berliner Polizei- und
Ordnungsrechts und zur Änderung des Gesetzes zu
Artikel 29 der Verfassung von Berlin**

[0222](#)
IntGleich
BildJugFam
Haupt
InnSichO(f)
DiDat*

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ich rufe auf

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Die Situation der afghanischen Community in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0232](#)
IntGleich

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Punkt der Tagesordnung darf ich auch Frau Keleş von der SenASGIVA begrüßen. Wir haben in der Sprecherinnen- und Sprecherrunde Einvernehmen darüber erzielt, dass wir diesen Punkt in einer Stunde beraten und entsprechend mit den Rederunden in einer Stunde durch sein sollen, damit wir noch zu der anderen Anhörung kommen.

Ich darf jetzt ganz herzlich unsere beiden Anzuhörenden hier begrüßen. Das ist einmal Herr David Amiri-Reible, Projektmitarbeiter im Bridge-Projekt Berliner Netzwerk für Bleiberecht, und ich darf auch Frau Mitra Hashemi ganz herzlich begrüßen, sie ist Präsidentin der Deutsch-Afghanischen Freundschaftsgesellschaft Baaham e. V. Ihnen beiden ein herzliches Willkommen noch mal! Danke, dass Sie sich Zeit nehmen, hier die Belange und Sorgen, die Sie in puncto der afghanischen Community haben, uns hier mitzuteilen!

Ich gehe davon aus, dass Sie ein Wortprotokoll wünschen. Höre ich Widerspruch? – Den höre ich nicht. Dann wird so verfahren.

Für die Begründung des Besprechungspunkts darf ich das Wort an Herrn Orkan Özdemir von der SPD geben. – Bitte!

Orkan Özdemir (SPD): Danke, sehr geehrte Frau Vorsitzende! – Die letzten Jahren waren, glaube ich, für afghanische Menschen in Deutschland sehr schwierig. Die Entwicklungen auf der Bundesebene in der letzten Zeit haben Effekte auf die afghanische Community, vor allem die konsularische Arbeit der Taliban in Deutschland. Angesichts dieser Erfahrungen, die wir alle gemacht haben, wollten wir alle gemeinsam diese Anhörung, damit wir das noch mal von den Communityvertretern in Berlin hören. Natürlich erhalten wir unzählige Anrufe, E-Mails und Gesprächstermine mit afghanischen Menschen und Interessenvertreterinnen und Interes-

senvertretern, die uns darstellen, wie problematisch die Situation für die Menschen ist. Uns war es noch mal wichtig, Ihnen Gehör zu geben und Ihre Perspektive aus den Communitys heraus mitzubekommen, um dann daraus vielleicht Schlüsse zu ziehen, wie wir in Berlin mit der Situation umgehen können. Danke, dass Sie da sind!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Die Senatorin verzichtet auf eine einleitende Stellungnahme und wird im Anschluss ihre Stellungnahme dazu abgeben. Dann beginnen wir jetzt mit Ihren beiden Stellungnahmen. Ich weiß nicht, ob Sie verabredet haben, wer zuerst sprechen soll, sonst mache ich es alphabetisch, oder Sie klären das unter sich. – Sie fangen an, Frau Hashemi, alles klar. Dann haben Sie gut fünf Minuten Zeit, uns ein Eingangsstatement zu geben. Vor Ihnen, unter dem Monitor, ist eine Uhr auf dem Boden, die läuft mit, daran können Sie sich orientieren, ansonsten werde ich hier irgendwann winken. – Dann haben Sie das Wort, Frau Hashemi, bitte sehr!

Mitra Hashemi (Deutsch-Afghanische FreundschaftsGesellschaft e. V., Präsidentin): Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich heute hier sein kann, um die Sichtweise von den Betroffenen, von der afghanischen Community, zu präsentieren! Mein Name ist Mitra Hashemi, ich bin Vorstandsvorsitzende der Deutsch-Afghanischen FreundschaftsGesellschaft Baaham und Vorständin des Verbands Afghanischer Organisationen in Deutschland. Unsere Organisation Baaham ist sowohl in Afghanistan, aber auch in Deutschland tätig. In Afghanistan leisten wir Not- und Katastrophenhilfe und betreiben eine Ausbildungs- und Werkstätte für afghanische Frauen. In Deutschland unterstützen wir die afghanische Community, insbesondere Frauen und Jugendliche, bei der Integration und beim Ankommen in Deutschland, in Berlin. Mit jährlich über 50 Veranstaltungen, Deutschkursen und Beratungsangeboten erreichen wir über Tausend Menschen in Berlin.

Heute stehe ich hier nicht nur als Vertreterin einer afghanischen Organisation, die sich für die Rechte und Teilhabe unserer Community einsetzt, sondern ich spreche auch als Afghanin, als eine Frau, als jemand, der selbst Flucht und Neubeginn erlebt hat. Ich weiß, was es bedeutet, ein Leben zurückzulassen. Ich weiß aber auch, was es bedeutet, immer wieder erklären zu müssen, warum wir geflohen sind und warum wir das Recht haben, auch hier zu leben. Ich weiß aber auch, warum man trotzdem Hoffnung hat. Diese Hoffnung gerät gerade für viele Afghaninnen und Afghanen in Deutschland zunehmend unter Druck.

Zwei Themen beschäftigen uns besonders, erstens die konsularische Zusammenarbeit mit den Taliban und zweitens die praktisch unmöglich gewordene Familienzusammenführung. Mit großer Sorge sehen wir, dass in Deutschland wieder konsularische Tätigkeiten unter der Kontrolle der Taliban aufgenommen werden. Diese sogenannten Vertretungen sind faktisch Außenstellen eines extremistischen Regimes, das Frauen entrechtet, Bildung für Mädchen verbietet und Menschenrechte systematisch verletzt. Besonders besorgniserregend ist diese Struktur, in der keine unabhängige Kontrolle möglich ist. Viele Afghaninnen und Afghanen sehen diesen Ort mit Angst. Sie sind gezwungen, dorthin zu gehen, um elementare Dokumente, wie Pässe, Geburtsurkunden und so weiter, zu beschaffen. Sie sind gezwungen, dorthin zu gehen und Kontakt zu denen zu haben, vor denen sie geflohen sind.

Wir müssen uns aber auch fragen: Zu welchem Preis geschieht das? – Diese Zusammenarbeit wird vor allem damit begründet, Abschiebungen sogenannter Straftäter zu ermöglichen. Laut

Berichten geht es dabei um wenige Hundert Personen, und dennoch wird es in Kauf genommen, dass ein terroristisches Regime in Deutschland konsularische Strukturen aufbauen kann.

Das ist nicht nur ein moralisches Dilemma, sondern auch ein sicherheitspolitisches Risiko. Deutsche Einrichtungen können zu Orten werden, an denen Talibanideologien verbreitet werden und Angst nicht nur in der afghanische Community, sondern bei uns allen verbreiten. Zudem besteht die Gefahr, dass mit dieser Politik Deutschland ein Modell für alle anderen Länder liefert, ein gefährlicher Präzedenzfall, der Nachahmung findet und internationale Isolation der Taliban aufweicht, was tatsächlich schon geschehen ist, sodass in den Niederlanden schon weitere Leute nach Afghanistan abgeschoben worden sind. Wir dürfen nicht zulassen, dass Extremisten über den Umweg administrative Notwendigkeit wieder internationale Legitimität gewinnen. Es braucht eine politische Lösung und auch sichere Pass- und Dokumentenverfahren, ohne Beteiligung der Taliban. Nur so können wir Menschen schützen und zugleich Rechtssicherheit schaffen.

Das zweite Thema ist der Familiennachzug. Für viele Afghaninnen und Afghanen ist es faktisch unmöglich geworden, Familiennachzug zu betreiben, nicht nur, weil viele Afghanen als subsidiär Schutzberechtigte dem Familiennachzug ausgesetzt sind, sondern auch für alle anderen, die ein Ausbildungs- oder Arbeitsvisum haben. Die Termine werden teilweise in den Botschaften in Teheran und Pakistan verkauft, und jahrelang warten sie auf unmögliche Dokumente von einer langen Liste, die immer wieder neu abzuhaken ist.

Neben all diesen strukturellen Problemen erleben wir in den letzten Jahren etwas, was uns besonders beunruhigt, und das sind der steigende Alltagsrassismus gegenüber Afghaninnen und Afghanen auf dem Wohnungsmarkt und in den Medienberichten. Wir werden überall mit patriarchalischen Strukturen und Extremisten gleichgesetzt. Politiker und Medien reden so über Afghanen, als sei Abschiebung und ein Einreiseverbot für alle Afghanen die Lösung für alle Probleme, die wir in Deutschland haben. Doch die Wahrheit ist, die meisten von uns sind genau vor diesen Strukturen, vor diesen Menschen geflohen. Wir sind nicht das Problem. Wir sind Teil der Lösung. Berlin ist eine Stadt der Vielfalt, die uns Zuflucht gegeben hat. Wir sind stolze Berlinerinnen und Berliner. Ich appelliere an Sie, diesen Geist zu bewahren und dafür zu sorgen, dass wir Berlin auch weiterhin als unser Zuhause und unsere Heimat ansehen. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Hashemi! – Dann haben Sie jetzt das Wort, Herr Amiri-Reible!

David Amiri-Reible (Berliner Netzwerke für Bleiberecht, YAAR e. V.; Projektmitarbeiter im Bridge Projekt): Sehr geehrte Senatorin! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen herzlichen Dank für die Einladung, heute im Namen von YAAR sprechen zu dürfen! Ich bin David Amiri-Reible, Projektmitarbeiter bei YAAR, und setze dort das Projekt Bridge Berliner Netzwerke Bleiberecht um. YAAR arbeitet seit 2012 ehrenamtlich, seit 2017 mit Projektförderung von Geldern unter anderem der bezirklichen Integrationsfonds, aber auch von den Senatsverwaltungen, unter anderem auch der Berliner Integrationsbeauftragten. Wir sind Ansprechperson sowohl für die Afghaninnen und Afghanen als auch für Bezirks- und Landesämter, für Senatsverwaltungen und nehmen unterstützende, aber auch für die Verwaltung eine entlastende Funktion ein. Unser Hauptfokus ist die Rechts- und Asylverfahrensberatung, Sozialberatung, Arbeitsmarktintegration, aber auch die Koordination von ehrenamtlicher Arbeit für Menschen aus Afghanistan. Wir beraten täglich von Montag bis Freitag, das heißt, wir haben sehr viel Kontakt mit Menschen aus den verschiedenen afghanischen Communities. Wir kennen die Lebenslagen, die Sorgen, Wünsche und Ängste sehr gut und

sind da up to date und auch gut vernetzt mit anderen Migrantenorganisationen. Ich schließe mich da den Worten von Frau Hashemi an.

Ich würde vielleicht vorab noch mal einen sehr wichtigen Punkt nennen: Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist weiterhin extrem schwierig, natürlich für alle Berlinerinnen und Berliner, aber selbstverständlich auch für Menschen aus Afghanistan. Sie sind über Jahre hinweg in den Gemeinschaftsunterkünften. Das ist ein sehr großes Integrationshemmnis, und auch die psychische Belastung nimmt dadurch stetig zu. Ein weiterer Punkt, der sehr wichtig ist, ist: Die Taliban sind jetzt offiziell in Deutschland. Sie arbeiten hier, sind Teil einer Regierung, vor der die meisten Menschen aus Afghanistan geflohen sind. Die Afghaninnen und Afghanen müssen Identitätsdokumente, Geburtsurkunden et cetera dort beantragen, aber viele trauen sich nicht, dort hinzugehen oder möchten nicht mit den Taliban in Kontakt treten, möchten nicht, dass ihre persönlichen Daten in ihren Händen sind, weil vielleicht entweder sie hier oder auch die Familie im Herkunftsland einer gewissen Bedrohung dadurch ausgesetzt werden. Ohne solche Identitätsdokumente ist eine umfassende Integration allerdings nicht möglich. Das LEA braucht solche Dokumente. Ohne diese gibt es keine Aufenthaltstitel. Der Zugang zu Deutschkursen und zum Arbeitsmarkt wird somit sehr erschwert, und es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass das hart umkämpfte Bundesaufnahmeprogramm jetzt im besten Fall durch Einklage dazu führt, dass Afghanen, die jetzt in Deutschland sind, sich mit ihrem eigenen Verfolger auseinandersetzen müssen.

Noch ein Punkt zum LEA: Das LEA ist jetzt dabei, sich zu digitalisieren. Das ist ein sehr wichtiger guter Punkt. Es ist allerdings noch nicht inklusiv genug. Es fehlen unter den Afghaninnen und Afghanen digitale Kompetenzen, um sich einen einfachen Termin zu buchen, um den Aufenthaltstitel beispielsweise zu verlängern. Wenn das nicht in einer bestimmten Zeit geschieht, dann droht ein Jobverlust. Das ist schlecht für die Arbeitgeber und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist keine Lösung. Man bekommt derzeit aus irgendwelchen verwaltungstechnischen Gründen so gut wie keinen Termin beim LEA. Menschen warten sehr lange auf solche Termine. Das muss dringend verbessert werden.

Ich kann auch sehr viele positive Sachen aus der Community nennen. Die Menschen möchten sich integrieren. Sie möchten Deutsch lernen. Sie möchten arbeiten. Es gibt viele positive Beispiele. Frau Kiziltepe hat es vorhin auch schon genannt. Es gibt Menschen, die werden in Ausbildung gebracht. Es gibt zivilgesellschaftliche Initiativen. Das ist sehr wichtig, dass so etwas weiterhin gefördert wird, Migrantinnen- und Migrantenorganisationen, dass man mit den Menschen weiterhin in Kontakt tritt und Integration ermöglicht. Es gibt natürlich Menschen, denen es an Deutschkenntnissen mangelt. Die möchten aber direkt arbeiten, um ihre Familien zu unterstützen, landen dadurch aber automatisch in prekären Arbeitsverhältnissen. Das ist auch ein Problem. Allerdings gibt es auf der anderen Seite Menschen, die sich lieber erst mal weiterbilden, sich weiterqualifizieren möchten, die aber vom Jobcenter angehalten werden, direkt in die Arbeit zu gehen, eben auch in diese prekären Arbeitsverhältnisse. Viele Menschen haben in Afghanistan, im Iran studiert, eine gute Bildung genossen, können hier damit nicht viel anfangen, müssen quasi noch mal von vorne starten, sogar in anderen Berufen arbeiten, die nicht ihrer Qualifikation entsprechen. Es gibt aber gute Qualifizierungsprogramme hier im Land und auch von der Zivilgesellschaft, und es ist sehr wichtig, dass alle Beteiligten am Ball bleiben und dass Menschen weiterhin mit den Afghaninnen und Afghanen in Kontakt treten, vor allem sie nicht zu stigmatisieren oder zu sanktionieren. Integration

funktioniert so nämlich nicht. Es geht nur, wenn der gute Wille von beiden Seiten vorhanden ist. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Sehr herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme und dass Sie auch in der Zeit geblieben sind, obwohl das Thema so komplex ist. Also noch mal ein herzliches Dankeschön! – Dann sind wir jetzt in der Aussprache, und ich habe schon drei Wortmeldungen: Frau Eralp, Herr Özdemir und Herr Omar. Sie denken bitte daran, selbstgesetztes Ziel der Sprecherinnen und Sprecher: Die ganze Anhörung soll in einer Stunde durch sein. – Bitte, Frau Eralp!

Elif Eralp (LINKE): Vielen Dank, Vorsitzende, und vor allem vielen Dank an Sie beide, dass Sie uns hier eindrücklich geschildert haben, wie die Situation der afghanischen Community, die ein wichtiger Teil der Berliner Gesellschaft darstellt, aktuell ist. Ich muss auch noch mal sagen, dass ich es wirklich erschreckend finde, dass Dobrindt nicht nur die Taliban einlädt, sondern ihnen direkt Arbeitsplätze in den hiesigen Vertretungen verschafft. Ich weise darauf hin, dass sich alle die Stellungnahme des Personals des Bonner Generalkonsulats einmal durchlesen sollten, dass sie nämlich für Menschenrechte und für Rechte von Frauen eintreten, also etwas, was hier in Berlin und in Deutschland doch selbstverständlich sein könnte, aber sie jetzt deswegen, weil die Bundesregierung das mit Füßen tritt, nicht mehr im Generalkonsulat arbeiten möchten, auch, weil sie Angst haben, dass wichtige Daten in die Hände der Taliban geraten und das gegen Oppositionelle, die wir unterstützen sollten, genutzt wird. Das ist wirklich ein wahnsinniger Skandal, und ich finde, die CDU sollte sich dafür wirklich schämen. Das muss ich einfach vorwegschicken, weil es bitter ist. Genauso bitter ist es, dass das Bundesaufnahmeprogramm nicht zum Zuge kommt, aber auch, dass das Landesaufnahmeprogramm, das wir unter R2G geschaffen und verlängert haben, auch für afghanische Menschen, jetzt eingestampft und nicht verlängert wurde, obwohl das ein Weg ist, um Menschen sicher hierherzuholen, ohne sie über irgendwelche lebensgefährliche Wege zu schicken. Das will ich einmal vorab gesagt haben.

Ansonsten würde mich vor allem interessieren: Wie sieht die Situation aus? Wie viele Menschen kommen aktuell in die Beratung? Was sind die Hauptsorgen der Menschen? Was wünschen Sie sich von uns, von der Politik und auch von der Regierung, als Unterstützung für Ihre Anliegen? Was braucht die Community? Wie können wir unterstützen? Was können wir noch machen? Gibt es auch Projekte oder Initiativen, wo Sie sagen, da bräuchte es noch eine Förderung? Also alles, was Sie jetzt vielleicht in der kurzen Zeit nicht unterbringen konnten, dass Sie uns das noch mal mitgeben, damit wir das weiter verarbeiten können.

An den Senat habe ich die Frage, welche Unterstützung seitens des Senats jetzt aufgrund der besonders prekären Situation, die die Bundesregierung hier ausgelöst hat, Berlin vor hat der afghanischen Community zukommen zu lassen, was sie auch tun wird, wenn es um die Daten geht, die jetzt möglicherweise in die Hände der Taliban geraten. Gibt es da vonseiten des Senats irgendeine Einwirkung auf die Bundesebene? Es gibt verschiedene Bund-Länder-Gremien und auch verschiedene Arbeitsgruppen, wo Bund und Länder zusammenarbeiten. Inwiefern versucht Berlin da Einfluss zu nehmen, dass die Taliban da wieder rauskommen und nicht an diese Daten kommen? Was ist die Position von Berlin dazu, dass das alles nur gemacht wird nach dem Motto: Kuscheln mit Islamisten, um Abschiebung in unsichere Staaten zu organisieren und Menschen in Lebensgefahr zu bringen, und wie wird sich Berlin hier positionieren und einsetzen, gerade im Hinblick auf die große afghanische Community, die

wir glücklicherweise in unserer Stadt haben und die ganz dringend Sicherheit braucht und geschützt werden muss?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Özdemir, bitte!

Orkan Özdemir (SPD): Ich habe letzte Woche Bericht aus Berlin geguckt, und Herr Carsten Linnemann, der Generalsekretär von der CDU müsste das sein, hat gesagt, dass alle nicht arbeitenden Syrer und Afghanen schlussendlich irgendwann gehen müssen. Jetzt habe ich folgenden Fall, und der steht nur exemplarisch für wahrscheinlich tausende Fälle: Mein Nachbar, er hat eine afghanische Familie und sie sind als Geflüchtete gekommen, hat jetzt sechs Jahre lang Hardcore an sich gearbeitet, also ein Mann, um die 55 Jahre alt, hat jetzt B1. Als ich ihn kennengelernt habe, haben wir Zeichensprache gemacht, heute hat er B1, hat Fortbildungen gemacht, hat gerade seinen Lkw-Führerschein gemacht und so weiter und so fort. Er hat jetzt alles zusammen, aber seine Dokumente sind abgelaufen, und er braucht neue Dokumente. Jetzt kommt er zu mir und sagt: Wenn ich keine neuen Dokumente habe, darf ich nicht arbeiten. Ich habe jetzt alle Qualifikationen. – Er hat einen potenziellen Arbeitgeber, aber er sagt: Wie soll ich jetzt seine Dokumente holen? – Er hat Angst, in so eine konsularische Situation mit den Taliban zu kommen. Seine Angst ist, dass, wenn er da hingehet, die Taliban über ihn die restliche Familie, die er in Afghanistan hat, irgendwie bestrafen kann. Was sagen wir jetzt diesem Menschen? Hätten Sie da einen Tipp, weil Sie das professionell beratend machen? Das würde mich interessieren. Wie schätzen Sie die Zahl der Akteure ein, die genau in dieser Situation sind? Das heißt, sie sind einerseits bedroht von Abschiebung, weil gesagt wird, sie arbeiten nicht, andererseits haben sie alle Qualifikationen gemacht und möchte arbeiten, können aber keine Papiere besorgen, um zu arbeiten. Das ist so ein bisschen paradox. Wie schätzen Sie die Zahl der Menschen ein, die genau unter diesen Bedingungen gerade leben?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Omar, Sie haben das Wort!

Jian Omar (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch von mir herzlichen Dank an die Anzuhörenden, Frau Hashemi und Herr Amiri-Reible, für eure Worte und die Schilderung der Situation! Wir können aber nicht über die Situation der afghanischen Community in Berlin und in Deutschland sprechen, ohne das Versagen der westlichen Politik in Afghanistan, was die westliche Politik verursacht hat, zu thematisieren. Auch die deutsche Politik trägt leider dazu bei, dass wir diese Gesellschaft auseinanderdividiert haben. 60 deutsche Soldaten sind dort gefallen, haben gekämpft mit der afghanischen Zivilgesellschaft für Demokratie, Menschenrechte, Frauenrechte, damit die Mädchen zur Schule gehen und auch studieren können. Das war das Versprechen, das Menschen auch hat, mit den Alliierten zu kooperieren, die dort gegen die Taliban gekämpft haben, aber leider hat man am Ende alle diese Menschen enttäuscht und auch die deutschen Soldaten, die dort gefallen sind und diejenigen, die mit Behinderungen, mit Verletzungen in Deutschland leben und nun zuschauen müssen, wie man diese Islamisten in Afghanistan wieder rehabilitiert und sie sogar als Partner wahrnimmt. Für diese Politik ist maßgeblich die Union, die CDU, verantwortlich. Sie müssen wissen, dass zukünftig auch nicht mehr geglaubt wird, wenn Sie sagen: Wir kämpfen irgendwo auf der Welt für Demokratie und Menschenrechte und Frauenrechte. – Dieses Versprechen haben Sie gebrochen und alle diese Menschen enttäuscht und allein gelassen.

Als ob das nicht reichen würde, geht es hier weiter mit dem Rassismus, mit Diskriminierung und Ausschluss der afghanischen Community und der afghanischen Menschen. Man hat die

Bundesaufnahmeprogramme, die Landesaufnahmeprogramme, die sinnvoll waren, die gerade diese Menschen an unsere Werte glauben ließen, einfach ohne Ersatz gestrichen. Auch in Berlin haben wir ein Landesaufnahmeprogramm für Familiennachzug. Die Menschen, die dort ihre Familienangehörigen haben, könnten auf eigene Kosten – – Ich betone das, weil hier immer erzählt wird, wir holen die ganze Welt in unser Sozialsystem. Unser Landesaufnahmeprogramm war darauf gerichtet, dass Menschen, die hier arbeiten und selber finanziell für ihre Angehörigen aufkommen können, ihre Angehörigen mit einer Verpflichtungserklärung zu sich holen. Frauenrechte, Menschenrechtler, die dort aktuell bedroht sind und auf der Flucht leben in den Anrainerstaaten Pakistan und Iran, sind in einer miserablen Situation, weil sie in ihrem eigenen Land verfolgt werden und sich nicht mehr auf die Zusagen der Bundesregierung verlassen können. In einem gesellschaftlichen Klima, wo auch zunehmend die Medien und die hochrangigen politischen Akteure auf Bundes- und Landesebene immer wieder die afghanische Community als eine terroristische Community darstellen, treten dann Probleme für Menschen, die nichts damit zu tun haben oder sogar gegen diese Islamisten gekämpft und sich engagiert haben, auf dem Wohnungsmarkt, auf dem Arbeitsmarkt auf. Ich hatte selber in meinem Wahlkreisbüro vor einiger Zeit einen Ingenieur aus Afghanistan, der von einer Initiative begleitet wurde, die in seinem Kiez aktiv ist, und der so frustriert war, dass er gesagt hat, er bewirbt sich seit zwei Jahren als Bauingenieur und bekommt nicht mal eine Einladung zu einem Bewerbungsgespräch. Mehr als 300 Bewerbungen hat er mithilfe dieser Initiative geschrieben. Kein einziges Bewerbungsgespräch hat stattgefunden. Das hat auch mit dieser politischen Stimmung zu tun, die man in unseren Parlamenten schafft, wenn über eine gesamte Gruppe hergezogen wird, wenn ein Einzelfall, ein terroristischer Akt, dazu führt, dass man ganze Personengruppen diffamiert und unter Generalverdacht stellt. Die Folgen sind gravierend. Die Folgen spüren diese Menschen, die hier leben, die Teil der Gesellschaft geworden sind und sogar dazu beitragen, dass unser Land läuft. Wir müssen daran arbeiten, dass das umgekehrt wird, dass auch die positiven Aspekte dieser Gesellschaft gezeigt werden.

In diesem Zusammenhang wäre meine Frage an die Anzuhörenden: Wo sehen Sie aktuell Handlungsbedarf? Was kann die Landespolitik in Berlin schaffen, damit Sie Ihre Arbeit, die Sie hier geschildert haben, besser machen können? Wie können wir Sie unterstützen, damit wir dieser Bundespolitik, die leider die afghanischen Interessen nicht mehr im Blick hat, einigermaßen entgegenwirken können? Mich würde interessieren, welche Programme aktuell laufen. Welche würden Sie begrüßen, und welche wurden zum Beispiel gestoppt, die sinnvoll wären? Wir steuern nächstes Jahr auf ein Wahljahr zu, und das wäre für uns auch hilfreich. Hier sitzen alle Fraktionen, die ihre Parteien nächstes Jahr vertreten werden. Was kann man auch im Kontext der Koalitionsverhandlungen nächstes Jahr besser machen, damit auch Ihre Arbeit wertgeschätzt wird? – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Es haben sich noch zwei gemeldet. – Frau Dr. Haghanipour hat das Wort, und dann kommt noch Frau Senge ran.

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, und auch von mir vielen Dank an die Anzuhörenden! – Mein Name ist Bahar Haghanipour. Ich bin eigentlich die frauenpolitische Sprecherin der Grünen und nicht die thematisch zuständige, aber das ist ein sehr komplexes Thema, das auch ganz besonders Frauen betrifft, und vieles liegt beim Bund. Herr Amiri-Reible! Sie haben angesprochen, dass es Integrationsbarrieren auch konkret in Berlin gibt. Da wollte ich bei Ihnen nachfragen, was Sie sich denn konkret von Berlin wünschen würden, was also auch in der Landeszuständigkeit liegt. Zum Beispiel haben Sie das

Thema Wohnen angesprochen. Wir alle wissen, auch für nicht Geflüchtete ist das Thema Wohnen in Berlin eine zentrale Frage. Gibt es da etwas Konkretes, was Sie sich wünschen, was Sie uns da mitteilen wollen, was wir tun könnten?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat noch Frau Senge das Wort.

Katharina Senge (CDU): Ich freue mich, dass die Kollegin von den Grünen diese Fragen gestellt hat, die sich auf die Lebenssituation in Berlin beziehen. Nach Integrationsbarrieren, Wohnen, Arbeitsmarktintegration hat auch Orkan Özdemir schon gefragt. Sie haben auch das Thema Termine im LEA angesprochen. Auch das ist eines, das wir von sehr vielen Menschen, die damit Probleme haben, umfänglich kennen. Das ist ein großes Problem, das gelöst werden muss. Ich finde es ein bisschen schade, dass die einen oder anderen jetzt nicht so viele Fragen gestellt, sondern vor allem Reden gehalten haben, die ich zum Teil auch ein bisschen irritierend finde. Wenn man mal zurückblickt – – [Zurufe von Elif Eralp (LINKE)] – – Sie glauben schon wieder zu wissen, was ich meine. Dann sollten Sie immer ein bisschen vorsichtig sein und mir vielleicht erst mal zuhören. – Was ich irritierend finde, ist, die CDU hier als Schuldige an allen Problemen, die Afghanistan hat, darzustellen. Sie haben es richtig gesagt, Herr Omar, es sind knapp 60 deutsche Soldaten in Afghanistan in diesem Einsatz gefallen, im Kampf gegen die Taliban und andere Extremisten. In Deutschland sind 350 000 Afghanen aktuell aufhältig, die hier aufgenommen wurden. Wir unterstützen auch – – Was heißt „wir“? – wir sind hier ja nun mal das Abgeordnetenhaus und nicht die Bundesregierung. Ich glaube, dass muss man auch noch mal zur Erwartungshaltung klarstellen, aber Deutschland unterstützt auch weiterhin, nicht durch offizielle Entwicklungszusammenarbeit, aber mit Millionengeldern die Menschen bevölkerungsnah in Afghanistan. Ich glaube, das alles muss man auch zur Kenntnis nehmen, und dann finde ich den Ton an mancher Stelle ein bisschen irritierend. Für mich ist klar, dass gemachte Zusagen gelten müssen. Es muss aber auch eindeutig klar sein, wer kommt. Dass jetzt noch mal im Aufnahmeprogramm überprüft wird, was übrigens von der damaligen Außenministerin Baerbock leider sehr schlecht aufgesetzt worden ist, sehr intransparent war, und dass man sicher wissen muss, wer kommt, ist eine Selbstverständlichkeit. Das gehört genauso wie Aufnahmezusagen zum rechtsstaatlichen Verfahren dazu. – Ansonsten schließe ich mich sehr gern den Fragen von Frau Haghanipour an. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Die Wortmeldung von Frau Senge hat möglicherweise noch zwei weitere Wortmeldungen produziert. Es haben sich noch mal Herr Omar und Frau Eralp gemeldet, und die Senatorin würde auch noch gern etwas beitragen. Danach wären Sie mit Ihren Stellungnahmen dran, damit Sie sich orientieren können. Für alle: Die nächste Anhörung ist ab 15.30 Uhr, damit alle wissen, wie das zeitlich einzuordnen ist. – Herr Omar in der gebotenen Kürze, vielen Dank!

Jian Omar (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Die Worte meiner Kollegin von der CDU, die geschätzte Frau Senge, haben natürlich bei mir Fragen aufgeworfen, ob die CDU Berlin mit dem Kurs der Bundesregierung, der Bundes-CDU, einverstanden ist oder nicht. Ich kann es nicht verstehen, dass man versucht, auf der einen Seite mit Außenpolitik Innenpolitik zu machen, Wahlen zu gewinnen, mit der rechtspopulistischen AfD zu konkurrieren, um Themen auf dem Rücken der Geflüchteten aus Afghanistan, aus Syrien auszutragen, Islamisten in Syrien und Afghanistan zu stärken und sogar Einladungen auszusprechen, wie vor kurzer Zeit von Kanzler Merz an den syrischen Präsidenten, der bei Al-Qaida war und mit dem IS gekämpft hat. Er wird öffentlich eingeladen, damit man hier mit ihm über die Rückkehr

von Geflüchteten verhandelt. Der Innenminister Dobrindt sagt offen, er ist dafür, die diplomatischen Beziehungen mit Afghanistan aufzunehmen. Wie steht die CDU Berlin zu diesem Kurs? Sie können nicht auf der einen Seite der afghanischen Community in Berlin sagen: Wir stehen an Ihrer Seite, wir wollen, dass Sie gestärkt werden, aber die gemachten Zusagen an die verfolgten Afghaninnen und Afghanen im Ausland, die jetzt in Pakistan und im Iran verweilen und auf die Einreise nach Deutschland warten, weil die Zusagen gemacht sind, und auf der anderen Seite diesen Kurs der CDU auf Bundesebene mittragen. Das ist heuchlerisch, sich hier hinzustellen und zu sagen, wir unterstützen diese Community und nichts dafür zu tun. Wir haben Landesaufnahmeprogramme in Berlin gehabt, und ich habe gerade geschildert, was für einen Sinn diese Aufnahmeprogramme gemacht haben. Es ist die CDU, die immer sagt: Wir wollen von der irregulären Migration hin zu einer regulären Migration. – Das war eine reguläre Migration. Man hat die Unterlagen beim LEA eingereicht, man hat geprüft, die Verpflichtungserklärungen wurden vorgelegt, dann konnten unsere Behörden alles checken, und dann wurden die Zusagen gemacht. Warum hat man dieses Programm gestoppt? Diese Politik der CDU macht überhaupt keinen Sinn, und Sie setzen das auch hier in Berlin fort, indem Sie die Landesaufnahmeprogramme abschaffen. Deswegen, stehen Sie, Frau Senge, zur Politik Ihrer Partei, oder treten Sie dafür ein, dass es eine bessere Politik wird!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Eralp, bitte!

Elif Eralp (LINKE): Ich habe sehr viele Fragen an den Senat und auch an die Anzuhörenden gestellt, und ich finde es viel mehr irritierend, dass Sie irritiert sind über bestimmte Dinge, aber nicht irritiert darüber sind, dass Ihr Minister, Ihr Kanzler die Taliban, die Islamisten hierher einlädt und sie Zugang zu Daten und Arbeitsplätzen bekommen und damit Menschen, die sich für Demokratie, Menschenrechte und Frauenrechte einsetzen, gefährden. Die haben wegen dieser Politik jetzt Angst. Das sollte Sie irritieren, und dazu hätte ich gern mal ein Wort gehört, denn dazu kam jetzt gar nichts.

Ansonsten finde ich auch, dass man darüber irritiert sein sollte, dass deutsche Gerichte das Bundesinnenministerium dazu zwingen müssen, sich an Aufnahmezusagen zu halten. Das ist irritierend. Das ist ein Skandal, und diese Dinge sind für mich Rücktrittsgrund genug für diesen Kanzler und die Minister. Es ist wirklich unglaublich, dass hier Menschenrechte und die Verfassung mit Füßen getreten werden, aber Sie sind über irgendwelche Aussagen von uns irritiert. Sehen Sie die Dimension eigentlich von dem, was gerade hier passiert, welcher Skandal hier gerade zugange ist? Ich bin wirklich fassungslos.

Und Herrn Dregger fällt in der Debatte, die wir im Plenum geführt haben, nur eines ein: Ja, AfD, wir haben doch schon alles umgesetzt, was Sie wollten. Die Zeitenwende, die Sie fordern, ist doch schon in vollem Gang. – Das ist die Antwort, nicht: Wir lehnen den Antrag ab, weil das alles menschenverachtend ist, nein, wir lehnen ihn ab, weil wir schon alles umgesetzt haben, was die AfD gern will. – Das ist irritierend.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat jetzt die Senatorin das Wort. – Frau Kiziltepe, bitte!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich möchte auch ganz herzlich die Anzuhörenden begrüßen und freue mich, dass wir heute die Gelegenheit haben, hier über die Situation der afghanischen Community in Berlin zu sprechen. In Berlin leben rund 24 000 Afghaninnen und Afghanen. Davon sind 19 000 Geflüchtete, und unter

diesen Geflüchteten sind die Afghaninnen und Afghanen die drittgrößte Gruppe nach den Geflüchteten aus der Ukraine und aus Syrien. Die afghanische Community ist sehr vielfältig. Wir sind in einem sehr engen Austausch mit unseren Unterstützungs- und Beratungsangeboten. Einiges will ich hier auch ganz konkret nennen, was wir in den vergangenen Monaten gemacht haben. Wir hatten zum Beispiel im Februar ein Pressegespräch mit afghanischen Migrantinnen- und Migrantenselbstorganisationen. Das war eine sehr erfolgreiche Veranstaltung zur Stärkung und zur Sichtbarmachung der sehr vielfältigen afghanischen Community. Gerade in Zeiten, wo wir pauschal über eine gesamte Gruppe urteilen, wo politische Diskurse geführt werden, die pauschal gegen diese Gruppe gehen, war es uns wichtig, deutlich zu machen, dass die afghanische Community sehr heterogen aufgestellt ist; und das, was wir in Berlin gemacht haben mit dem Landesaufnahmeprogramm, auch mit den Projekten zum antimuslimischen Rassismus und so weiter, sollte auch diese Gruppe natürlich unterstützen.

Wir haben im Ergebnis die weitere Zusammenarbeit mit dem Verband afghanischer Organisationen in Deutschland festgehalten, um die erfolgreiche Veranstaltung in einem besonderen Maße fortzuführen. Wir haben unsere Zusammenarbeit mit der afghanischen Community zur Sichtbarkeit, aber auch zur Beratung und Stärkung der Afghaninnen und Afghanen darüber hinaus durch eine Förderung, zum Beispiel von YAAR e. V. – – Das ist ein sehr wichtiger Ansprechpartner für uns, aber auch in der Community. Der Verein fördert, berät und bildet die Menschen weiter. Im aktuellen Projekt BEBINED wurden zum Beispiel engagierte Videos produziert, die nach innen für die Community das Leben in Berlin erläutern und nach außen Erfolgsgeschichten zeigen, die wir ja brauchen, und es gibt viele Erfolgsgeschichten, die zu erzählen sind, auch von Afghaninnen und Afghanen in Berlin, die auch dazu beitragen, dass wir den Zusammenhalt stärken. Wir fördern noch weitere Migrantenselbstorganisationen wie Etehad, ZAKI und den Verein Iranischer Flüchtlinge, der auch großen Zulauf von Menschen mit Einwanderungsgeschichte aus Afghanistan hat. Durch die unterschiedlichen Schwerpunkte der Migrantenselbstorganisationen werden neben allgemeinen Beratungen auch spezifische Gruppen unterstützt, wie afghanische Frauen und Mädchen oder Hazara, die in Afghanistan besonders von Diskriminierung betroffen sind.

Einen weiteren Punkt möchte ich noch erwähnen, weil viele Afghaninnen und Afghanen, Frau Hashemi hat es auch gesagt, stolze Berlinerinnen und Berliner sind. Viele Bürgerinnen und Bürger mit afghanischer Flucht- und Migrationsgeschichte sind mittlerweile Deutsche. Von 2015 bis 2023 wurden in Deutschland fast 30 000 Afghaninnen und Afghanen eingebürgert. 2023 waren es 6 500. Das ist ein respektabler Anstieg. Die afghanische Community hat natürlich in dieser aufgeheizten Migrationsdebatte in Deutschland keine einfachen Lebensumstände. Die Atmosphäre der Unsicherheit und der Angst von vielen wurde hier schon benannt. Das sehe ich als sehr problematisch an, weil es, wie gesagt, pauschalierend eine bestimmte Gruppe aufgrund der aufgeheizten Debatte für alles Mögliche auf der Welt verantwortlich macht. Das können wir so nicht stehenlassen. Das wollen wir auch nicht stehenlassen.

Wir wirken mit unserer Senatsverwaltung auch mit unserem Willkommenszentrum gegen strukturelle Probleme. Wir haben dort ganz viele Beratungsmöglichkeiten, Rechts- und Verfahrensberatung. Wir haben in Berlin seit 2022 einen Runden Tisch Afghanistan, der bereits ganz oft getagt hat. Bei diesem Runden Tisch geht es um Wissensmobilisierung und die Multiplikation von Wissen aus der Beratungspraxis. Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft wird dieser Runde Tisch von der AWO Mitte in den Räumlichkeiten meiner Senatsverwaltung veranstaltet. Es passierte da in Berlin in den vergangenen Jahren ganz viel. An dieser Stelle möchte ich mich bei den Vereinen und Aktiven für die Afghaninnen und Afghanen ganz herzlich für ihre Arbeit bedanken.

Es wurde auch die Frage an mich gerichtet, was Berlin da tut. Ich kann nur appellieren. Es liegt es nicht in meiner Ressortzuständigkeit und ist auch keine landespolitische Entscheidung, dass jetzt diplomatische Beziehungen mit den Taliban aufgenommen werden. Ich habe darauf keinen Einfluss. Nichtsdestotrotz appelliere ich natürlich dahingehend, dass wir hier andere Wege finden müssen, um die Menschen, die berechtigt Schutz suchen, auch schützen zu können und keine weiteren angeheizten Debatten zu führen. Ich werde das Thema auch mit auf die Arbeits- und Sozialministerinnen- und -ministerkonferenz mitnehmen. Ich denke, am Rande dieser Konferenz wird das auch ein Thema sein. Wie gesagt, die Ressortzuständigkeit liegt bei Inneres.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann sind Sie jetzt dran und haben die Möglichkeit, die vielen Fragen oder Kommentare, die Sie gehört haben, zu kommentieren beziehungsweise zu beantworten. Jetzt steht Ihnen ein bisschen mehr Zeit zu Verfügung. Theoretisch können Sie sich die Zeit bis 15.30 Uhr aufteilen. Wer möchte beginnen? Umgedrehte Reihenfolge oder die gleiche Reihenfolge? – Dann startet Herr Amiri-Reible und danach Frau Hashemi, einverstanden. – Bitte! Das Mikrofon ist Ihres.

David Amiri-Reible (YAAR e. V.): Nochmals vielen Dank für die vielen verschiedenen Beiträge! Ich versuche, das jetzt geordnet zu beantworten und dann noch eigene Antworten dazu zu verfassen. Zunächst mal, was für das Land Berlin sehr wichtig ist: Ich habe das vorhin in der Rede schon gesagt. Das LEA muss schneller arbeiten. Das LEA muss Termine für die Verlängerung von Identitätsdokumenten vergeben. Das ist für alle restlichen Lebensbereiche von den Menschen aus Afghanistan sehr wichtig, insbesondere für die Arbeit. Da kann ich gleich auf den Punkt von Herrn Özdemir eingehen. Sie haben mir die Frage gestellt, das ist natürlich eine sehr große Frage, wie wir das einschätzen. Termine müssen schneller vergeben werden. Es müssen auch Identitätsdokumente schneller verlängert werden. Das ist, glaube ich, ein Verwaltungsakt, der nicht so viel Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Es gibt auf der Webseite vom LEA ein Notfallkontaktformular. Das ist natürlich immer die letzte Option, die man nimmt, denn nicht alles ist gleich ein Notfall, aber oft reagiert das LEA darauf schneller. Vielleicht gibt es die Möglichkeit, neben diesem Notfallknopf auch sonst schneller zu arbeiten. Man ist, was die Arbeitsmarktintegration betrifft, im Zusammenhang mit den Identitätsdokumenten sehr auf die Gunst eines wohlwollenden Arbeitgebers angewiesen. Wenn es schon einen Arbeitsvertrag gibt oder Menschen schon mit einer Firma in Kontakt getreten sind und sich positiv beweisen konnten, sei es durch ehrenamtliches Engagement oder anderweitig, ist es wichtig, dass man in Kontakt mit den Arbeitgebern tritt. Ich selbst zum Beispiel bin im Bridge-Projekt für die Arbeitsmarktintegration mit zuständig. Ich berate die Menschen. Wenn ich sehe, eine Person hat keine Arbeitserlaubnis oder erst nach Erlaubnis des LEA, dann ist es wichtig, dass ich mit dem Arbeitgeber ins Gespräch gehe, vielleicht sage: Ja, es ist so: Die Teilnehmende würde sehr gern bei Ihnen arbeiten. Es braucht aber noch einige Wochen oder Monate. Können Sie noch warten, oder möchten Sie in der Zeit schon jemand anderen einstellen? – Das ist eine sehr schwierige Situation, und, wie gesagt, man ist sehr auf die Gunst des Arbeitgebers angewiesen.

Zur Frage mit den Taliban: Natürlich ist es eine Bundesangelegenheit. Als Afghane steht man steht vor der Wahl: Geht man hin, geht man nicht hin? Wenn man nicht hingeh, hat man keine Dokumente, und das war es. Was macht man dann? Dafür gibt es keine Lösung. Dazu können wir nicht beraten. Es bleibt nur die Wahl, dass man hingeh. Wir als Beratungsstelle können nicht sagen: Ja, gehe doch zu den Taliban, hole dir doch einfach das Dokument. – Wie erklärt man das Menschen, die vor denen geflohen sind, die traumatisiert sind? Sie wissen doch, was Afghanen durchgemacht haben. Das muss man hier nicht alles noch mal erklären.

Zu Herrn Omar: Sie haben über die deutsche Sicherheitspolitik gesprochen, wo der Handlungsbedarf in Bezug auf Berlin ist. – Ich wiederhole es noch mal: Das LEA sollte schneller arbeiten, Migrantinnen- und Migrantenorganisation und Qualifizierungsprogramme müssen weiter gestärkt werden, müssen weiter finanziert werden. Sie haben vorhin gehört, es gibt eine Handvoll von afghanischen Organisationen hier in Berlin. Das ist sehr gut. Es gibt VAFO, den Verband, der auch auf Bundesebene tätig ist, aber ich kann aus der Sicht von YAAR

sprechen. Wir sind aktiv gerade vier Menschen, die beraten. Ich und noch ein anderer Kollege sind für die Arbeitsmarktintegration zuständig. Es kommen Hunderte. Es kommen im Monat Hunderte von Menschen. Im Jahr sind es locker mehr als 1 000, und jeder hat die unterschiedlichsten Anliegen, und das frisst unglaublich viel Kapazitäten. Man kann einfach nicht allen Menschen superschnell helfen. Es sind Prozesse, die dauern. Das zieht sich alles in die Länge. Deshalb ist es wichtig, solche Migrantenorganisationen zu fördern, dass es mehr Kapazitäten für die Menschen hier gibt. Ganz pragmatisch, dass Deutschkurse auch nach dem B1-Niveau weiter gefördert werden. Das ist so ein Ding. Es ist vom BAMF, nehme ich an, beschlossen worden, dass Integrationskurse nur bis zum B1-Niveau mitfinanziert werden. Darüber hinaus gibt es noch die Berufssprachkurse. Um an das C1- oder C2-Niveau zu kommen, ist man auf sich allein gestellt. Um in einen guten Job zu kommen, reicht das B1-Niveau nicht. Man kann sich mit einem B1-Zertifikat nicht mal um eine Ausbildung bewerben. Das ist einfach nicht möglich. Um aus dieser prekären Lage rauszukommen, müssen Qualifizierungsprogramme, Deutschkurse unbedingt weiter gefördert werden. Es gibt Initiativen in Berlin aus der Zivilgesellschaft für kostenlose Deutschkurse. Die Technische Hochschule Wildau zum Beispiel bietet C1-Kurse für Menschen an, die sich für ein Studium interessieren. Also es gibt solche vereinzelten Plätze. Die sind aber sehr begrenzt, und ich glaube, dass es sehr wichtig ist, dass die Chancen und die Qualifikation von den Leuten verbessert werden.

Um noch auf den Punkt von Frau Haghanipour einzugehen: Welche Integrationsbarrieren gibt es? – Ich habe die Wohnungssituation genannt. Wenn Menschen das Glück haben, eine Wohnung gefunden zu haben, ist das super. Ansonsten glaube ich, viele Afghaninnen und Afghanen tun sich superschwer, aus der Gemeinschaftsunterkunft rauszukommen, überhaupt mit den Leuten in Kontakt zu treten. Sie gehen zwar in den Deutschkurs. Sie gehen in die Schule, lernen das, was der Lehrer, die Lehrerin unterrichtet, gehen dann wieder in die Gemeinschaftsunterkunft, und das war es. Wie kommen diese Menschen an Deutsche? Wie kommen sie in den Austausch mit der Kultur? – Ich glaube, dass es mehr Initiativen geben muss, vielleicht auch irgendwelche Programme direkt in der Gemeinschaftsunterkunft, dass Leute zusammenkommen, mehr Sprachcafés, mehr ehrenamtliches Engagement, mehr Patenschaften zwischen deutschen und afghanischen Parteien. Mit solchen Patenschaftsprogrammen haben wir viele Erfolgsgeschichten gemacht.

Ich kann noch ein Beispiel von einer Dame schildern, um Ihnen mal die Dimensionen von einer Beratung klarzumachen: Eine alleinerziehende Mutter mit drei Kindern kommt zu mir. Sie möchte in den Deutschkurs, muss aber erst ihre Kinder in andere Bezirke zur Schule bringen. Das dauert wahnsinnig lange. Sie möchte ihre jüngeren Kinder noch nicht allein zur Schule gehen lassen, das heißt, sie begleitet sie. Sie ist den ganzen Tag in der Tram, in der Bahn, hat dann natürlich keine Zeit für den Deutschkurs. Dann kümmere ich mich erst mal darum, dass die Kinder vielleicht alle in einem Bezirk in eine Schule kommen, die in der Nähe des Hauses der Mutter ist, dass sie nicht das Haus ständig verlassen muss, dass die Kinder allein dorthin gehen können. Dann müssen wir erst einen Antrag für den Deutschkurs stellen. Das ist eigentlich eine Aufgabe des Jobcenters. Dann gibt es manche Jobcenterangestellte, die – – Wir haben meistens gute Erfahrungen mit den Jobcentern. Es sind immer sehr nette Sachbearbeitende, aber manchmal werden auch komische Dinge beraten und vorgeschlagen, die nicht zielführend sind. Ich sage der Dame: Bitte beantragen Sie einen Deutschkurs, gehen Sie zum Jobcenter. – Das Jobcenter schickt sie dann wieder zurück zu mir oder zu einer anderen Beratungsstelle. Nein, die Frau ist schon bei mir, ich berate sie schon. Sie braucht nicht

noch eine Beratungsstelle. Das sind solche Absurditäten im Alltag, und das kostet alles Zeit. Das kostet wirklich alles Zeit, die man eigentlich für mehr Erfolgserlebnisse brauchen kann.

Fremdsprachliche Unterstützung: Damit meine ich die Menschen, die noch kein Deutsch sprechen. Die kommen natürlich zu uns, weil wir die Sprachkenntnisse mitbringen. Sie fühlen sich wohl, sie können ihren Sorgen Worte verleihen. Wir nehmen diese Personen gern auf, aber auch wir haben nur begrenzte Kapazitäten. Es ist wichtig, dass es bei solchen Übersetzungsmöglichkeiten, Honorarkräften et cetera, noch ein besseres System gibt, dass Menschen eine Unterstützung in ihrer Muttersprache erfahren. Also: Unterstützung, Deutschkurse, Qualifizierungsprogramme in den Gemeinschaftsunterkünften, mit den Leuten reden ist ganz wichtig. Die Afghaninnen und Afghanen müssen hier unter die Leute. Sie können nicht nur in den GÜs verharren und auf Integration warten, denn die fällt nicht vom Himmel. Mehr Sichtbarkeit wurde auch schon erwähnt. Na klar, es gibt sehr viele Negativschlagzeilen. Afghanen werden dadurch stigmatisiert. Es gibt die Bürgergelddebatte. Die ist auch wahnsinnig stigmatisierend. Wir haben viel mit Menschen zu tun, die entweder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen oder vom Jobcenter nach SGB II, und ohne diese Leistungen ist es nicht möglich, diese Menschen weiter zu qualifizieren, wenn sie wirklich nur in Teilzeitarbeit kommen oder in irgendwelche Zeitarbeitsfirmen und das dann auf längere Sicht. Das wird so nichts mit einer längerfristigen Integration. Das möchte ich sehr deutlich machen. Auf der Landesebene: Ich weiß nicht, was man hier im Land gegen die Taliban tun kann.

Ansonsten möchte ich noch einen letzten Punkt zum Bundesaufnahmeprogramm hinzufügen. Ich war Fallbearbeiter im Bundesaufnahmeprogramm, und diesen Vorwurf, dass es schlecht und intransparent war, teile ich nicht. Wir waren mehrere Personen, die für mehrere Wochen an einem Fall gearbeitet haben. Wir haben mit den Menschen Kontakt aufgenommen. Die haben verschiedene Risiken auf sich genommen, um Dokumente zu zeigen, zu beschaffen, und dann sind sie erst in einen Pool im Innenministerium gekommen, und dann gab es noch mal eine Anhörung mit dem BAMF. Das war schon ein sehr langer Prozess, und dann gab es noch zusätzlich diese Sicherheitsinterviews mit dem Verfassungsschutz. Das muss man jetzt nicht alles noch mal hervorbringen, aber es war kein intransparentes und schlechtes Verfahren. Es war ein sehr abgesichertes Verfahren. Es haben sich viele Expertinnen und Experten diese Dokumente angeschaut, und es war stets im Austausch mit dem BMI und mit dem BAMF. – Ich glaube, ich habe jetzt meine zehn Minuten, und den Rest würde ich gern Frau Hashemi geben.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Sehr gern! Vielen Dank für Ihre Antworten! – Dann, Frau Hashemi, haben Sie das Wort.

Mitra Hashemi (Baaham e. V.): Vielen Dank! – Ich möchte drei Beispiele nennen und werde versuchen, mich kurz zu halten. Wir haben in Kooperation mit dem Deutschen Juristinnenbund afghanische Juristinnen, Richterinnen nach Deutschland evakuiert, und das war 2021, 2022. Alle Aufenthaltstitel, die nach § 22 waren, waren für drei Jahre befristet. Das heißt, ab jetzt circa müssen alle Leute, die in den letzten drei Jahre gekommen sind, zum Konsulat und ihren Pass und Aufenthaltstitel verlängern. Frauen, Richterinnen, die direkt von den Taliban bedroht sind und direkt mit denen verhandelt haben, die die Taliban in Haft geschickt haben, müssen jetzt zu den Taliban gehen und um eine Passverlängerung bitten, und deren Familienangehörige sitzen noch in Afghanistan und sind immer noch versteckt. Wie erklären wir das? Was sage ich denen? Wir sind auch eine Beratungsstelle. Ich sage dann: Sie müssen hier Asyl

beantragen. – Und das geschieht auch sehr oft. Sehr viele Leute, die nach § 22 gekommen sind, stellen hier einen Antrag auf Asyl, und da werden viele wiederum abgelehnt. Das war im letzten Jahr im Oktober. Alle Frauen aus Afghanistan haben ein Recht auf Asyl. Die Frauen bekommen einen Status, Männer nicht. Die bekommen ein Abschiebeverbot. So entstehen Dynamiken, die gar nicht vorhersehbar sind. Wie lange soll man diesen Kreis drehen und die inneren Strukturen noch zusätzlich belasten, indem die Leute, die schon nach § 22 hier sind, wieder einen Antrag auf Asyl stellen und wieder durch dieses ganze Chaos und den Stress gehen, ob sie überhaupt wieder angenommen werden. Wenn Sie jetzt einen Antrag stellen, sind sie wieder in einer schlechteren Lage, und das sind sehr viele Leute. Jemand hat gefragt, wie hoch wir die Zahl schätzen. – Es sind sehr viele Leute. Fast alle, die hier sind, sind auf ihre Pässe angewiesen. Deswegen möchte ich bitten, dass wir die Möglichkeit bieten, dass die Leute, die nicht zu dem Taliban-Konsulat gehen möchten, einen Passersatz oder eine Eigenschaft als Flüchtlingsstatus bekommen, ohne komplizierte Wege, ohne wieder Angst zu haben, in ein Verfahren zu kommen, wo gar nicht sicher ist, wie es für mich ausgeht.

Zweitens: Ich war im vergangenen Monat bei einer Versammlung, ich glaube, es war im Bezirk Charlottenburg, und da kam eine Mitarbeiterin zu mir und meinte: Wissen Sie, Frau Hashemi, die iranischen und syrische Frauen sind so stark. Sie werden so schnell integriert. Aber leider klappt das bei afghanischen Frauen nicht so gut. – Wie soll ich das beantworten? Wir wissen, was in den vergangenen 30 Jahren in Afghanistan passiert ist. Es gab gar keine Möglichkeit, sich zu bilden. Es gab sehr wenig Möglichkeiten für die Frauen, einen Beruf zu erlernen, und dazu kommt die innere Struktur, die patriarchale Struktur und die traditionelle Rolle der Frauen, die dazu geführt hat, dass Frauen meistens diese Haushaltsrolle übernommen haben und mehr zu Hause geblieben sind. Jetzt sind sie, aus welchem Grund auch immer, in Deutschland, wo ein ganz anderes System herrscht. Man kann nicht von heute auf morgen erwarten: Zack, ist sie eine andere Frau. Sie kann in sechs Monaten Deutsch auf C1 lernen, macht in sechs Monaten zwölf Jahre Schulausbildung, ein Studium und ist direkt eine Facharbeiterin. Das ist praktisch einfach nicht möglich. Man muss die Realitäten von diesen Personen beachten, die hier ankommen, hier leben und langfristige Perspektiven und Strukturen aufbauen, die sie in die Gesellschaft integrieren, und auch diesen Ankommensprozess an deren Erwartungen und Realitäten anpassen und nicht nur nach wissenschaftlichen Theorien und Büchern sagen: In sechs Monaten musst du B1 haben. Wenn nicht, bist du ein Integrationsproblem. – Mein Kollege ist schon darauf eingegangen, dass den meisten die Weiterführung der Deutschkurse auf B2- oder C1-Niveau versagt ist. Gerade die Leute, die nach 2022 hergekommen sind, sind Leute, die einen Schulabschluss, einen Universitätsabschluss haben und erwarten, hier einen guten Job zu finden. Sie möchten nicht Regale auffüllen. Sie möchten nicht den Boden wischen, sondern möchten einen gut bezahlten Job haben und in dem Bereich und Fach arbeiten, was sie studiert haben. Genau das passiert aber, wenn sie ein C1-Niveau haben. Da wird gesagt: Nein, jetzt reicht B1. – Du möchtest aber einen guten Job haben. Dann werden sie gezwungen, irgendeinen Job zu finden, wo sie unglücklich sind, und nach paar Monaten bekommen sie Burnout, können es nicht leisten. Dann bleiben sie aus. Dann beschweren wir uns darüber, dass die Arbeitslosenzahlen so hoch sind. Das ist ein Kreislauf in sich, der eigentlich logisch zu überwinden ist.

Herr Omar hat schon auf das Landesprogramm hingewiesen, wo wir ein sehr gutes Beispiel hatten. Viele unserer Klienten und Mandanten konnten dadurch ihre Familien, ihre Eltern oder Geschwister nach Deutschland, nach Berlin holen. Das passiert nicht mehr, weil das Programm geschlossen ist. Wir möchten die irreguläre Migration begrenzen, sagen aber: Alle

anderen realen Möglichkeiten, mit denen Menschen legal nach Deutschland kommen können, werden nicht gestattet. Das Bundesaufnahmeprogramm ist so intransparent. Familiennachzug klappt nicht, weil die Botschaften in Teheran und Pakistan ausgelastet sind, und das Landesprogramm geht auch nicht. – Dann sagen Sie mir bitte, was der mögliche Weg ist. Was ist der legale Weg? Dann sage ich das auch meinen Mandanten.

Zu guter Letzt möchte ich auf den Umgang oder Gespräche mit den Taliban eingehen. Ich bin Vorstandsvorsitzende des Verbands afghanischer Organisationen. Wir sind eine Organisation von 15 verschiedenen Vereinen bundesweit. Ich empfehle, statt den Taliban uns die Hand zu geben. Wir sind eine rechtssichere Organisation, mit unseren Klarnamen, unserer Struktur und unseren Prinzipien, die in Deutschland verankert sind. Statt der Taliban nehmen Sie unsere Hand! Nehmen Sie unsere Wünsche und unsere Kriterien wahr, statt mit einer terroristischen Organisation zu verhandeln. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank auch an Sie, Frau Hashemi, für Ihre Antworten und Hinweise! – Eigentlich wären wir jetzt durch, aber Herr Omar hat sich noch mal gemeldet und möchte die letzten sechs Minuten noch ausnutzen. Ich hoffe, er lässt noch Zeit zum Antwortengeben. – Bitte, Herr Omar!

Jian Omar (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich brauche nicht die ganzen sechs Minuten, aber wenn die Zeit da ist und die Vertreterin und der Vertreter der afghanischen Community hier sind, würde ich die Zeit nutzen, um noch mal auf einige Punkte einzugehen.

Ich danke Ihnen, Herr Amiri-Reible, für Ihre Klarstellung, und dass Sie aus Ihrer Erfahrung beim Bundesaufnahmeprogramm berichtet haben, denn das ist tatsächlich etwas, das geschehen ist. Unsere Landesaufnahmeprogramme sind diesem Bundesaufnahmeprogramm ähnlich. Das heißt, man hat lange Prozesse, die transparent sind. Unsere Behörden durchleuchten diese Menschen, und am Ende ist das Ergebnis, wenn es alle abgesegnet haben, dann können diese Menschen einreisen, und die Gerichte haben das auch bestätigt. Deswegen bin ich fassungslos, dass eine Partei wie die CDU, die immer Rechtsstaatlichkeit hochhält und für Verfahren, die demokratisch sind, eintritt, in diesem Fall leider alles mit Füßen tritt und sogar die gemachten Zusagen nicht umsetzen will.

Ich wollte aber zum Thema LEA sprechen. Das LEA ist im Innenausschuss besser aufgehoben. Ich bin auch Mitglied im Innenausschuss, und ich kann Ihnen sagen, das Problem mit den Terminen ist ein generelles Problem. Das betrifft alle Menschen, die auf eine Aufenthaltsverlängerung angewiesen sind, und soweit ich weiß, arbeitet das LEA daran, dass diese Prozesse digitalisiert werden. Wir haben als Grünenfraktion letztes Jahr einen Antrag eingebracht, dass alle Aufenthaltstitel, egal, ob für Studierende, Asylbewerberinnen, Asylbewerber oder sonstige Menschen, die hier auf eine Aufenthaltsgenehmigung angewiesen sind, nach dem Vorbild der Blauen Karte digital, online, ohne einen Termin, ihre Verlängerung beantragen können. Das würde sehr viel Zeit sparen und diesem Missbrauch durch Portale, die Termine abgegriffen und dann verkauft haben, einen Riegel verschieben. Das ist im Prozess. Laut Aussagen des Direktors des LEA sollen Ende dieses Jahres 70 Prozent aller Aufenthaltstitel digitalisiert werden, und der Rest im nächsten Jahr. Aber wir werden dieses Thema im Innenausschuss auf jeden Fall weiter verfolgen und daran arbeiten, dass die Termine schneller kommen und Menschen ihre Aufenthaltsgenehmigungen schneller verlängert bekommen.

Zum Punkt von Frau Hashemi zum Passersatz: Das ist ein Punkt, für den ich mich seit längerer Zeit einsetze, nicht nur für afghanische Menschen, sondern auch für Menschen aus Syrien, denn der syrische Pass ist mit 800 Euro der teuerste Pass der Welt, obwohl man damit nicht mal verreisen kann. Die Lösung wäre eigentlich da. Sowohl unsere Behörden hier im Land Berlin als auch auf Bundesebene könnten einfach diese Menschen von der Passpflicht befreien und einen Passersatz ausstellen. Ein Teil der Geflüchteten bekommt auch einen Passersatz. Das würde Geld und Nerven sparen und auch die Sicherheit dieser Menschen, die zu diesen Botschaften gehen müssen, schützen, aber leider fehlt hier der politische Wille. Ich konnte leider nicht rausfinden warum, aber das ist die politische Linie der Akteure, die diese Behörden im Land Berlin und auf Bundesebene regieren.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Sie hätten jetzt noch die Möglichkeit, wenn Sie mögen, darauf zu reagieren. Die paar Minuten haben wir noch. Ansonsten war das ein Statement von Herrn Omar. – Dann Herr Amiri-Reible, bitte!

David Amiri-Reible (YAAR e. V.): Ich möchte nur sagen: herzlichen Dank, Herr Omar! Dann warten wir mal ab, was Ende des Jahres passiert und Anfang des nächsten Jahres. Wir versuchen weiterhin, die Termine zu beschaffen, und ich hoffe, dass das funktioniert. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ansonsten sind das Themen, die sicherlich auch der Innenausschuss hier im Abgeordnetenhaus zu gegebenem Zeitpunkt behandeln wird, denn wir haben nur bedingt mit aufenthaltsrechtlichen Themen direkt zu tun. Uns ging es natürlich sehr darum, ich denke, das kann ich im Namen des ganzen Ausschusses sagen, zu hören, wie die Verunsicherung ist. Wir sind bemüht, die afghanische Community hier in Berlin, die Angst vor den Taliban haben, so gut wie es geht zu schützen und zu unterstützen. Wir bemühen uns natürlich auch, deren Integrationsleistung zu unterstützen. Von daher haben Sie noch mal ganz herzlichen Dank, dass Sie heute hier waren! Sie können, wenn Sie mögen, noch die nächsten Tagesordnungspunkte hier mitverfolgen. Ansonsten wünsche ich Ihnen bei den Vorhaben, die Sie heute noch haben, viel Erfolg, auch für die Arbeit in Ihren Teams und einen Gruß an die Kolleginnen und Kollegen in diesen Einrichtungen. Vielen Dank! – Dann würde ich sagen, dass wir diesen Punkt vertagen, bis unser Wortprotokoll da ist und wir das zum gegebenen Zeitpunkt hier wieder aufrufen. Ich denke, Sie sind damit einverstanden.

Dann rufe ich auf

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Zunahme der Gewalt im Regenbogenkiez,
insbesondere gegen das Projekt MANEO**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0231](#)
IntGleich

Hierzu: Anhörung

Hierzu haben wir uns auch auf eine Anhörung verständigt. Auch hier darf ich sagen, dass wir uns ungefähr einen Zeitraum von maximal einer Stunde vorgenommen haben. Ich darf Ihnen mitteilen, dass zu diesem Tagesordnungspunkt Frau in Ünsal von SenASGIVA, die Leiterin der Abteilung Antidiskriminierung und Vielfalt, LADS, dabei ist, die ich herzlich begrüße. Die Anzuhörenden nehmen vorn noch Platz. Dann begrüße ich schon mal Herrn Hampel. Sie sind Vorstandsmitglied bei Mann-O-Meter e. V. – Herzlich willkommen! Mir ist auch noch Herr Bastian Finke von MANEO, das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin, angekündigt worden. Ihn sehe ich gerade nicht im Raum. Ich hoffe, er wird jeden Augenblick noch hereinkommen. Wir können aber, denke ich, schon mal mit den Formalitäten zu dieser Anhörung beginnen, und Herr Hampel wird sicherlich schon mal starten können. – Ich nehme an, Sie möchten ein Wortprotokoll. – Das wird bestätigt. Dann verfahren wir so und machen ein Wortprotokoll. Wer möchte die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 5 der Tagesordnung machen? Beide zusammen oder nacheinander? Wer startet? – Gut, dann starten Sie, Frau Wiebke Neumann, und danach Frau Knack.

Wiebke Neumann (SPD): Vielen Dank! – Es ist sehr wichtig, dass wir jetzt diese Anhörung haben, in der aktuellen Zeit, da wir die zunehmenden und aktuellen Angriffe auf queere Menschen und Einrichtungen leider sehr regelmäßig miteinander besprechen und sehr eindrücklich erleben müssen, auch am Beispiel der wiederholten Angriffe auf die Projekte MANEO und Mann-O-Meter im Regenbogenkiez. Deshalb auch darauf die Konzentration. Insgesamt sind solche Angriffe leider nicht neu. Die Häufung und Aggressivität in den letzten Wochen hat aber schon noch mal eine neue Qualität. Dazu können unsere beiden Anzuhörenden vielleicht ihre Einschätzung geben. Quasi im Takte wurden Steine geworfen, Türen eingetreten, oder es gab Brandstiftungen. Auch wenn das immer Angriffe auf Gegenstände sind, auf Türen oder Scheiben, steht das ja für etwas. Das steht für eine Enthemmung, die wir beim Thema Gewalt gegen queere Menschen erleben. Sie hat immer Auswirkungen auf die Menschen, die dort arbeiten, und auf die Menschen, die die Projekte nutzen und auch brauchen. Hier werden die Leute angegriffen, die Leute unterstützen, die angegriffen werden. Leute, die Unterstützung leisten, werden hier besonders angegriffen. Deshalb auch an dieser Stelle noch mal unsere volle Solidarität. Umso wichtiger ist es, dass wir hier heute noch mal genau hinschauen und auch den Betroffenen direkt das Wort geben, dass das sichtbar gemacht wird und die Einschätzung und das, was an Maßnahmen aus Ihrer Sicht notwendig ist, hier besprochen werden kann.

Wir haben mit der Landesstrategie ein Instrument, das sich genau mit dem Thema queere Sicherheit und Maßnahmen gegen Gewalt gegen queere Menschen beschäftigt, aktuell in der Senatsbefassung. Die LADS hat dafür dankenswerterweise im Haushalt schon ein paar konkrete Maßnahmen und Projekte eingeplant. Deswegen würde mich gleich in der Anhörung die Einschätzung von Ihnen beiden interessieren, Sie sind ja mit der Landesstrategie und der Erarbeitung ganz gut vertraut, welche konkreten Maßnahmen aus Ihrer Sicht helfen würden, denn ich glaube, wir sind uns hier einig, dass wir es nie hinnehmen werden, dass diese Angriffe so stattfinden und Queerfeindlichkeit in unserer Stadt keinen Platz haben sollte. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Neumann! – Ich begrüße jetzt noch Herrn Finke ganz herzlich. Herrn Hampel hatte ich schon begrüßt. Wir sind noch am Anfang und begründen den Besprechungspunkt. – Frau Knack von der CDU hat jetzt das Wort.

Lisa-Bettina Knack (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Herzlich willkommen an die Anzuhörenden! Frau Neumann hat schon vieles gesagt, und ich glaube, wir sind uns alle einig, dass uns immer neue Solidaritätsbekundungen langsam schwerfallen, einfach weil sie in Häufigkeit und Intensität zunehmen, was ein größer werdendes Problem darstellt, und einfach nur zu sagen, dass wir solidarisch sind und dass es uns leid tut, nicht mehr ausreichend ist, sondern dass wir konkrete Maßnahmen oder Handlungsempfehlungen benötigen, um hier konsequent voranzugehen, damit klar gezeigt wird: Diese Übergriffe sind nicht nur auf Glas-scheiben oder auf Geschäftsstellen, sondern es ist ein Angriff auf Menschen. Es ist ein Angriff auf die Mitarbeitenden vor Ort. Es ist ein Angriff auf diejenigen, die dort Schutz suchen, die Beratung suchen, die sich vielleicht genau aus diesen Gründen nicht mehr trauen, Beratungsdienstleistungen in Anspruch zu nehmen, von Gewalterfahrungen zu berichten, die sie anderswo erlebt haben, wo sie körperlich oder psychisch erfolgt sind. Ich glaube, das ist eine Einengung von Lebensräumen, die wir so nicht weiter tolerieren können.

Mich würde sehr interessieren, was konkret kurzfristig umgesetzt werden könnte. Wie sieht es beispielsweise mit Möglichkeiten der Ersetzung von Scheiben oder dem Entfernen von Graffiti aus, falls welche entstehen, die queerfeindlich sind, bei Angriffen mit Eiern, wie wir es gerade beim Sonntags-Club hatten? Gibt es da Möglichkeiten? Wenn ja, sind sie gut zugänglich? Wenn sie nicht gut zugänglich sind, was sind die Hemmschwellen? Wo könnte man generell Barrieren abbauen, um den Einrichtungen die Möglichkeit zu geben, es nicht aus laufenden Kosten und/oder über die Versicherung zu machen, da dann die Versicherungsbeiträge in der Regel steigen oder die Versicherung gekündigt wird, was dann auch wieder ein Problem ist, denn ohne Versicherung bleibt man immer auf den eigenen Kosten sitzen. Das wäre mein Hauptfokus heute, dass man sagt, was gerade in diesem Bereich, bei Sachbeschädigungen, möglich, hilfreich und kurzfristig eine Erleichterung für Sie wäre. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Für eine einleitende Stellungnahme hat zu Beginn die Senatorin das Wort. – Bitte sehr, Frau Kiziltepe!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Herzlich willkommen, Herr Finke, Herr Hampel! Ich begrüße Sie auch ganz herzlich. Ich bedanke mich auch für die Gelegenheit, hier zu den wirklich schrecklichen queerfeindlichen Angriffen – – Das tut jedes Mal weh, und es ist mittlerweile kein Einzelfall mehr, sondern wir sehen anhand der Angriffe, dass das Struktur hat, und dass das unsere Unterstützung und unseren Schutz mehr denn je braucht.

MANEO wurde zum vierten Mal angegriffen, und das führt dazu, dass die Beschäftigten, die Mitarbeitenden dort, die in diesen Schutzräumen diese Beratungsangebote anbieten, dort verschiedenste Veranstaltungen organisieren, für die Community ansprechbar sind, in ihren eigenen Räumlichkeiten immer wieder Hass, Gewalt und Angriffen ausgesetzt sind. Und das zeigen auch die Zahlen. Die Zahlen steigen stetig. Man kann hier nicht mehr von Einzelfällen sprechen. Zuletzt wurde am vergangenen Wochenende das Gemeinwesenprojekt Sonntags-Club e. V. im Prenzlauer Berg angegriffen. Diese feigen Angriffe – ich muss das so sagen, das ist feige, was da passiert – sind zu verurteilen. Deshalb ist es richtig, dass sich der Ausschuss für Integration, Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung hiermit beschäftigt.

Wir waren natürlich gleich vor Ort mit der politischen Leitung. Max Landero war vor Ort, die Ansprechperson war vor Ort. Ich konnte nicht am selben Tag, aber in der Woche auch vor Ort sein und mir das Geschehen anschauen. Es ist wirklich überwältigend, was für ein Hass dahintersteckt. Die ganze Fassade, die Scheiben wurden zerstört, die Türen wurden zerstört, und es ist unglaublich, dass das mitten in Berlin, in der Regenbogenhauptstadt Berlin, passieren kann. Wir haben aufgrund früherer Angriffe auf queere Orte und Einrichtungen bereits mit der Erarbeitung der Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit zum Pride Month 2025 damals druckfrisch diese Broschüre veröffentlicht. In dieser Broschüre gibt es Hinweise darauf, was bei queerfeindlichen Vorfällen gemacht werden kann. Ich gebe das gern noch mal rum. Das kann auch gern mitgenommen, bei uns bestellt oder abgeholt werden. Auf jeden Fall haben wir MANEO gebeten, sich immer an uns zu wenden, an die Politik zu wenden, sich nicht einschüchtern zu lassen. Wir brauchen jetzt diese Sichtbarkeit. Wir dürfen uns nicht wegducken. Gerade jetzt ist die Solidarität in Berlin gegenseitig sehr wichtig, und ich bin mir sicher, dass alle demokratischen Fraktionen gemeinsam daran mitwirken werden.

Mein Dank gilt MANEO und den anderen Einrichtungen, weil wir beim Thema Queerfeindlichkeit und Angriffe gegen die Einrichtungen in Berlin gemeinsam als Zivilgesellschaft und Verwaltung, aber auch Politik weiter wirken müssen. Wir brauchen einen nachhaltigen Schutz, der verbessert werden muss, und müssen uns zugleich Queerfeindlichkeit insgesamt entgegenstellen, damit die Bekämpfung von Queerfeindlichkeit und die Unterstützung Betroffener als unmittelbare Stärkung unserer Demokratie sichtbar bleibt. Wir wollen uns keine Schwächung leisten. Das haben wir auch in dem Gespräch mit MANEO und Mann-O-Meter dort vor Ort besprochen. Aktuell befindet sich zudem die Landesstrategie für queere Sicherheit und Queerfeindlichkeit in den letzten Zügen der Abstimmung. Wir hoffen, dass wir noch in diesem Jahr hierzu einen Senatsbeschluss haben.

Ich wollte dann noch mal daran appellieren – denn es gibt natürlich Bedarfe, damit MANEO in seinen Räumlichkeiten geschützt werden kann –, dort schusssichere Fenster einzurichten, durch die Unterstützung von uns, aber auch durch weitere finanzielle Unterstützung durch die LOTTO-Stiftung. Ich habe mir das heute noch mal bestätigen lassen, am 5. Dezember steht auf der Tagesordnung der LOTTO-Stiftung, an den Stiftungsrat zu appellieren, dass die finanziellen Mittel hierfür freigegeben werden. – Ansonsten: Danke, dass Sie hier sind und für den Austausch!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann sind Sie jetzt dran, Herr Finke und Herr Hampel. Sie haben sich gerade schon abgestimmt, wer startet, habe ich vernommen. Herr Finke gestartet. Herr Finke! Vor Ihnen ist ein Riesenmonitor. Unter diesem Monitor ist eine neue Uhr, und die läuft mit, wenn Sie anfangen zu reden, und sagt Ihnen, wann ungefähr die fünf Minuten um sind. Wir haben uns insgesamt eine Stunde für diese Anhörung vorgenommen. Nach Ihren Statements kommt dann die Fragerunde, und danach haben Sie noch die Möglichkeit zu antworten. In diesem Sinne: Sie haben das Mikrofon, Sie können starten!

Bastian Finke (MANEO – Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin c/o Mann-o-Meter e. V.; Leiter): Vielen herzlichen Dank für die Einladung! Liebe Frau Vorsitzende und liebe Frau Senatorin! Lieber Max und liebe andere Vertreter und Repräsentanten des Ausschusses! Tausend Dank für diese kurzfristige Einladung, dass das möglich ist! Wir haben vorhin schon von den Vorkommnissen gehört. Ich will sie nur noch mal kurz auflisten, damit sie nicht verloren gehen.

Am 9. September gegen 16 Uhr hat es an unserer Eingangstür fürchterlich geknallt. Wir sind aus unseren Büroräumen raus, haben erst mal geguckt, was da überhaupt los ist und haben dann den Schaden an der aus Panzerglas bestehenden Scheibe festgestellt. Die Tür war schwer beschädigt. Wir konnten keinen der Täter finden. Am Morgen des 28. September wurde dann zwischen 4 Uhr und 5 Uhr die Fensterscheibe des Beratungszimmers von MANEO mit einem Pflasterstein eingeworfen. Am 3. Oktober wurde diese Scheibe abermals mit einem Pflasterstein traktiert. Diesmal wurde das Sicherheitsglas durchschlagen, und es prangt mittlerweile ein Loch in diesem verstärkten Glas. Und am 20. Oktober wurde die Eingangstür des Checkpoints Mann-O-Meter eingetreten und außerdem wenig später auch festgestellt, dass dort eine Spendendose entwendet wurde.

Wir verzeichnen leider mittlerweile eine Geschichte von Vorkommnissen, die sich über die letzten Jahre ereignet haben. Beispielsweise wurde am 9. Oktober 2023 schon einmal unsere Eingangstür eingeschlagen und musste ausgewechselt werden. Am 17. Juni wurde unsere

große Außenscheibe von MANEO eingeschlagen. In der Vergangenheit hatten wir es immer wieder, und das sind wirklich mehrere Vorkommnisse gewesen, wo auch tagsüber unbekannte Person ganz heftig von außen gegen unsere Scheiben geschlagen hatten und weggerannt sind. Das hat durch alle Büroräume vibriert, und spätestens hier haben wir uns mit unserem Trägerverein Mann-O-Meter e. V. zusammengesetzt und geklärt, dass wir ganz schnell neue Fenster brauchen, und die haben wir Gott sei Dank Anfang dieses Jahres bekommen, parzellierte kleinere Fenster, sodass, wenn wieder ein Schaden ist, die Ersetzung dann nicht so teuer ist.

Wir erleben überhaupt im ganzen Umfeld, auch im Regenbogenkiez, immer wiederkehrende Übergriffe, Vorfälle. Das ist in der Menge wirklich viel, was wir da erleben. Nur mal so als Beispiel: Easter Berlin, als wir eine Vor-Ort-Aktion vor den Lokalen Bull und New Action in der Kleiststraße gemacht hatten, nachts ab etwa 23 Uhr, vergingen keine zehn Minuten bis geradezu im Rhythmus irgendwelche Autos vorbeigefahren sind, aus denen junge Männer wirklich schlimme, entwürdigende Beleidigungen gerufen haben, teilweise auch volksverhetzende Bemerkungen. Wir sehen also auch, was immer und immer wieder in unserem Kiez, was in unserem Umfeld passiert. Es ist erheblich, was da passiert. Wir versuchen, diese Fälle soweit es geht in unserem MANEO-Report zu erfassen, den wir regelmäßig veröffentlichen, und müssen aber trotzdem sagen, dass wir viele Fälle nicht erfassen können, weil sowohl gegenüber der Polizei als auch uns nicht alle Fälle gemeldet werden. Das ist vor allem ein Punkt, den ich hier im Kampf gegen die Gewalt erwähnen möchte. Es ist immer auch ein Kampf gegen das Dunkelfeld, hier müssen wir mehr Wehrhaftigkeit zeigen, und es ist vor allem auch ein Kampf darum, dass wir den Opfern zeigen müssen, dass wir ihnen beistehen. Wenn wir als Beratungsstelle seit Jahren im Turbogang beraten und informieren, sind irgendwann auch unsere Kapazitäten erschöpft. Hier muss viel mehr gemacht werden, und deshalb müssen gerade in Anbetracht der jüngsten Ereignisse mehr Schwerpunkte gesetzt und vor allem die zielgruppenspezifische Beratungsarbeit von uns unterstützt werden. Mein Kollege wird noch weitere Ideen haben, wie uns noch weiter geholfen werden kann. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat Herr Hampel jetzt das Wort. Ich bitte Sie, wenn es geht, sich vielleicht ein bisschen kürzerzufassen. – Danke!

Rudolf Hampel (Mann-O-Meter e. V.; Vorstandsmitglied): Ich versuche das mal. Ich glaube, ich bekomme das ganz gut schnell zusammengefasst. Ich fange mal mit den pragmatischen Geschichten an. Der Versicherungsschutz wurde angesprochen. Das ist mittlerweile echt ein Problem. Aus den drei alten Versicherungen sind wir rausgefliegen, weil die Schadensfälle zu häufig waren. Nach langem Hin und Her haben wir jetzt eine Versicherung gefunden, die uns dann doch noch genommen hat, allerdings mit einem Eigenanteil von 1 000 Euro pro Schadensfall. Das müssen wir über Spenden finanzieren, ist auch nicht wirklich einfach. Wir haben die Räume gemietet. Das waren früher Räume vom Einzelhandel – Schrägstrich – Möbelhaus. Deswegen haben wir diese irrsinnig großen Scheiben. Die Scheiben von MANEO konnten wir mittlerweile durch die finanzielle Unterstützung des Paritätischen austauschen. Da haben wir jetzt die Situation: Die Fenster sind wesentlich kleinteiliger und haben ein Sicherheitsglas. Sicherheitsglas heißt nicht unkaputtbar, bewirkt aber, dass beim Steinwurf die Scheibe zu den Räumen nur reißt, aber nicht splintern, sodass eine Gefährdung zumindest durch Glassplitter für die Mitarbeiter und Besucher ausgeschlossen ist. Das Gleiche versuchen wir jetzt, als hätten wir es gehnt – – Wir haben im Sommer einen Antrag bei der Stiftung Klassenlotterie gestellt. Da haben Sie, Frau Kiziltepe, und vor allen Dingen Sie, Frau Ünsal,

uns sehr schnell geholfen und haben das Gutachten für den LOTTO-Beirat schnellstmöglich durchgewinkt. Wenn alles gut geht und jetzt auch noch alle Anwesenden die entsprechenden Mitglieder im LOTTO-Beirat beknien könnten, dass die auch die Hand heben und es durchwinken, gehen wir davon aus, dass wir zumindest auch in den übrigen Räumen eine bessere Situation bekommen, was die Fenster betrifft. Das klingt ein bisschen nach Bunkermentalität, aber kurzfristig sind das die einzigen Maßnahmen, die Sinn machen, nach dem Motto: vor allen Dingen Besucher und Mitarbeiter zu schützen, indem die Scheiben sicherer sind, denn ich mag mir gar nicht vorstellen, dass so eine riesige Schaufensterscheibe zu Bruch geht. Das planen wir gerade. Es ist natürlich immer nur eine Reaktion auf etwas, das passiert, und die langfristige Strategie, mein Gott, was soll man sagen? –, Bildung. Etwas anderes würde mir auch nicht mehr einfallen. Wir müssen den Leuten das Ding aus dem Kopf bekommen, dass Angriffe auf queere Menschen angesagt seien. Alles andere ist dann immer nur dem Problem hinterherlaufen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen herzlichen Dank, Herr Hampel, für die Kürze! – Dann beginnen wir jetzt mit der Aussprache, und ich habe hier schon folgende Wortmeldungen: Herr Walter, Herr Dr. Lederer, Frau Wiebke Neumann, Frau Knack und Frau Senge. Dann verfahren wir so. – Herr Walter, Sie starten!

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an Sie, beide Anzuhörende, dass Sie heute da sind! In der Tat ist es so, dass sich die Vorfälle häufen. In der Tat ist es so, dass wir auch die Worte, die wir dafür finden, so wichtig sie sind, ein Stück weit immer wieder wiederholen und dasselbe sagen. Dass wir das tun, hat einen Grund, denn man hat gleichzeitig den Eindruck, dass sich manche Sachen einfach nicht verbessern, dass manche Sachen nicht passieren, weiter unterlassen werden, sondern dass sich die Situation verschlimmert. Sie sind ein Stück weit stellvertretend heute für viele andere Projekte da, die attackiert und angegriffen worden sind, auch wenn es bei MANEO wirklich besonders krass ist, sich besonders gehäuft hat und ich mich ehrlicherweise ganz konkret frage, wie es sein kann, dass dieselbe Attacke wenige Tage später wieder und wieder ausgeführt werden kann, scheinbar Polizei nicht vor Ort ist, scheinbar nicht kurzfristig Sicherheitsmaßnahmen unterstützend möglich sind, sondern wir immer wieder darauf warten, dass genau derselbe Vorfall wieder und wieder passiert. Mich macht das ehrlicherweise ein bisschen sprachlos, und ich würde schon sagen, dass die Umsetzung der Landesstrategie damit eine erhebliche Dringlichkeit hat. Das wäre auch meine Erwartung, und ich würde deswegen den Senat direkt fragen wollen: Sie haben jetzt vorsichtig angedeutet, dass die möglicherweise oder hoffnungsvollerweise dieses Jahr noch kommt. Aber ist das denn sicher? Gibt es ein Grundeinverständnis, dass die wichtigsten Sachen jetzt auch umgesetzt werden? Wir haben wahrgenommen, dass Sie hier Mittel eingestellt haben, aber es hat sich in den Haushaltsberatungen gezeigt, dass außer Ihnen keiner Vorbereitung in den Haushalten getroffen hat, um entsprechend tätig zu werden. Gerade bei der Innenverwaltung wäre das zwingend notwendig, um zu schauen, was man dann auch umsetzen kann. Die Broschüre, die Sie mir gerade gezeigt haben, habe ich mir noch mal angeguckt. Mein Gefühl ist, dass die noch nicht die Verbreitung gefunden hat, die eigentlich notwendig wäre, und ich bin gerade ein bisschen verblüfft wegen dieser Broschüre, weil mein Gefühl ist, dass die noch nicht groß Verbreitung gefunden hat. Man muss sich auch ein bisschen durchklicken, bis man die online gefunden hat. Aber unter dem vierten Punkt sind finanzielle Unterstützungsmaßnahmen geschildert, an welche Töpfe man sich wenden kann. Jetzt hören wir und bekommen raus, dass ein LOTTO-Antrag gestellt ist, und aus meiner Perspektive ist das das schlechteste Mittel, jetzt bei LOTTO vorstellig werden zu müssen,

um diese Scheibe zu ersetzen und dass diese ganzen Töpfe, die da sind, offensichtlich nicht zugänglich sind oder man darauf nicht zugreifen kann. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen, beziehungsweise ist dann die alternative Frage: Welche Vorbereitung müsste man schaffen, auch politisch, im Haushalt, über die LADS oder über was auch immer, dass dafür Vorsorge getroffen werden kann, denn das, was hier passiert, hatten wir schon vor Jahren bei RuT und an anderen Stellen, wo diese Schäden passiert sind, wo immer die Frage ist, wie es finanziert wird. Wenn diese Töpfe, die ja gut sind, ich stelle die überhaupt nicht infrage, ganz offensichtlich nicht unkompliziert sagen: Da ist genau das Geld da, um einen Antrag zu stellen und eine Scheibe zu ersetzen –, dann funktioniert es offensichtlich nicht. Also ist die politische Frage: Wie können wir das verbessern, dass nicht alle LOTTO spielen müssen, um am Ende die Scheibe von MANEO zu retten? Das kann nicht das Konzept sein. – Das ist die eine Frage in Richtung Verwaltung.

Die zweite Frage, die ich Ihnen gegenüber noch hätte, zu dieser polizeilichen Situation: Gab es eine Zusammenarbeit? Wie hat die sich entwickelt? Gibt es jetzt Unterstützung von der Polizei? Gab es möglicherweise ein Zusammenspiel zwischen Senatsverwaltung, Polizei und Ihnen, um das ganz konkret zu verbessern? Dazu auch noch die Frage: Es wird immer gesagt, Polizei berät auch, was Infrastruktur und Maßnahmen angeht. Gab es so eine Beratung? Wurden Sachen verabredet, wie beispielsweise Videoüberwachung für die Eingänge und so weiter zu besorgen? Ist das mittlerweile umgesetzt worden? Wie ist da die Unterstützung?

Der letzte Punkt ist, Herr Hampel, das haben Sie auch deutlich gemacht, die Frage der Prävention. Das Gute ist, dass trotz aller Streichungen jetzt manche Sachen wieder aufgesetzt werden sollen. Vielleicht können Sie noch eine Übersicht geben. Ich habe gehört, dass die Frage ist, ob die Nachtlichter weiter unterwegs sein können, weil die Mittel aus dem Gewaltgipfel aus dem Haushalt rausgestrichen worden sind. Was bedeutet das für die Arbeit, wenn die tatsächlich fehlen werden? Wie ist da der aktuelle Stand? Denn das sind genau diese Sachen, die angesprochen worden sind, wie wichtig Prävention ist, dass man auf der Straße präsent ist, dass man dort anspricht, und dass der Worst Case immer nur die Polizei ist, weil man vorher schon Sachen abräumen kann, weil Prävention an Schule oder im Kiez funktioniert hat. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Dr. Lederer! Sie haben das Wort.

Dr. Klaus Lederer (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich bin auch wütend, jedes Mal wieder, wenn ich solche Nachrichten bekomme. Ich bin wütend über das, was bei MANEO passiert. Ich bin wütend über das, was beim Schwulen Museum passiert ist, die auch über einen längeren Zeitraum hinweg immer wieder Sachbeschädigungen, Bedrohungen des Hauses hatten. Das wäre dann noch in der Nähe des Regenbogenkiezes. Ich bin stinksauer darüber, dass der Sonntags-Club und QUEERHOME in den vergangenen Tagen mit Sachbeschädigungen konfrontiert worden sind. Ich bin sauer darüber, dass das Hoven über Monate, ja Jahre hinweg permanent Adressat von solchen Übergriffen war, und ich bin wütend darüber, dass wir im Grunde im Tagesrhythmus Meldungen darüber bekommen, dass auch Menschen in dieser Stadt angegriffen werden, weil sie nicht den Normen entsprechen, die sich offenbar einige Leute, die ein spezifisches Männlichkeitsbild vor Augen haben, wünschen und idealisieren. – Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist: Wir haben den Vielfaltsreport gelesen, wir haben den Berlin-Monitor gelesen, und wir wissen, dass die Zahlen von Queerfeindlichkeit massiv anwachsen. Mich würde auch interessieren, was Herr Walter gefragt hat, nämlich: Inwieweit gibt es ein enges Netzwerk der Kooperationen mit den Sicherheitsbehörden vor Ort? Funktioniert das? Funktioniert die Kommunikation? Fühlen Sie sich unterstützt? Fühlen Sie sich begleitet? Gibt es Ansprechpartner? Gibt es kurze Drähte? Gibt es Beratung? Gibt es so etwas wie meinethalben auch öfter Bestreifung der Ecke? Sodass es irgendeine polizeiliche Reaktion auf das da gibt, denn beim Hoven war es außer viel Lametta und ein Runder Tisch am Ende nicht so viel. Das muss man mal ganz klar sagen. Es kann nicht sein, dass wir uns von der LOTTO-Stiftung abhängig machen, wenn es darum geht, Betroffenen von queerfeindlicher Gewalt dabei beizustehen, die Konsequenzen zu tragen, und im Falle des Hoven waren das über einen langen Zeitraum hinweg knallharte wirtschaftliche Konsequenzen. Da muss das Land einspringen. Da muss Unterstützung da sein, da muss ganz klar Solidarität da sein, und ich gebe die Ihnen übrigens an dieser Stelle auch noch mal mit.

Dann bin ich ein bisschen sauer, denn jetzt werden hier Broschüren rumgereicht. Das ist alles schön und gut. Dieser Tagesordnungspunkt ist – Ich meine, diese Sprecherinnen- und Sprecherberatung ist sowieso offenbar immer eine Zurufveranstaltung. Bei uns gibt es mehrere Sprecherinnen und Sprecher für die Felder, die hier verhandelt werden. Das scheint sowieso immer so eine Zurufveranstaltung zu sein. Dann wird dieser Tagesordnungspunkt in letzter Minute aufgesetzt. Dann fragen wir, inwieweit es möglich ist, polizeiliche Anzuhörende, hier mit zuzuladen, um die Sicherheitslage aus einer sicherheitsbehördlichen Sicht zu bekommen, gehen davon aus, im gemeinsamen Interesse, den Vorgang hier vernünftig zu verhandeln, denn der Besprechungspunkt heißt „Zunahme der Gewalt im Regenbogenkiez“, und dann teilt uns die Koalition lapidar mit: Nein, das geht nicht. – Jetzt habe ich von der CDU gehört: Wir waren es nicht. Wir hätten es durchaus sinnvoll gefunden. – Mich interessiert mal: Was ist hier der Grund? Es kann doch wohl nicht wahr sein. Und da wird es dann zur Scharade, denn wenn es nur darum geht, Betroffene hierher einzuladen und sie mit warmen Worten wieder nach Hause zu schicken, dann können wir uns den ganzen Quatsch auch sparen. Da kann ich echt nur sagen, da ist der Kontakt gut genug, dann gehe ich lieber zu MANEO hin.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Darf ich vielleicht kurz dazwischen gehen und zur Aufklärung dieses einen Sachverhaltes, warum von der Polizei keiner eingeladen worden ist – Es liegt ein, sagen wir mal, Missverständnis vor, was ich sehr bedaure. Auch die Sprecherin der SPD-Fraktion hatte zugesagt, dass sie die Anzuhörenden haben möchte, aber leider lag ein Missverständnis vor, und somit war das zeitnah nicht möglich. Wir können das gern vielleicht in einem anderen Kontext noch nachholen, aber das gehört zur Wahrheit mit dazu. – Herr Dr. Lederer!

Dr. Klaus Lederer (LINKE): Aber hier steht: Es konnte kein Einvernehmen unter den Fraktionen hergestellt werden. Entsprechende Entsendungsbitten werden demnach nicht versendet. – Das ist eine relativ klare Geschichte, und da müssen wir uns vielleicht tatsächlich in der Sprecherinnen- und Sprecherberatung mal darüber verständigen, wie ernst wir uns hier nehmen. Das ist hier kein Schaulaufen, und das ist hier auch keine Parolenrunde. Das ist ein Parlamentsausschuss, und die Opposition hat ja auch Rechte.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Sehr geehrter Herr Dr. Lederer! Ich wollte Sie nicht noch mehr verärgern. Ich habe Ihnen das kurz berichtet, und wir können das gern nachher in der Sprecherinnen- und Sprecherrunde noch mal aufrufen. – Dann hat jetzt Frau Neumann das Wort.

Wiebke Neumann (SPD): Vielen Dank! – Genau dazu noch mal der Hinweis, dass es ein Missverständnis gegeben zu haben scheint, warum die Zustimmung, die es gab, nicht dazu geführt hat, dass das als Zustimmung gewertet wurde. Aber das werden wir vielleicht gleich in der Sprecherinnen- und Sprecherrunde noch mal detaillierter besprechen. Das macht, glaube ich Sinn, dass hier keine Verstimmungen langfristig entstehen, denn das Unverständnis kann ich verstehen, weil es tatsächlich keinen Grund gab und gibt, dass die Polizei hier nicht dabei ist. Deswegen ist das etwas misslich.

Jetzt habe ich aber noch ein paar Fragen in Richtung unserer Anzuhörenden. Sie hatten schon von den Kosten gesprochen. Ich habe den Eigenanteil von 1 000 Euro pro Schadensfall vernommen. Gibt es noch weitere Kosten, die regelmäßig durch solche Angriffe entstehen? Gäbe es empfohlene Sicherungsmaßnahmen oder von Ihnen gewünschte Sicherungsmaßnahmen, die auch Geld kosten würden? Herr Walter hat schon das Stichwort Videoüberwachung gebracht; das Sicherheitsglas, das die LOTTO-Stiftung hoffentlich noch weiter finanziert – – Gibt es darüber hinaus noch irgendwelche Punkte, die auch Geld kosten und hier noch nicht genannt sind? Das würde mich interessieren.

Zum Thema, wie kommt man an solche Mittel und Fonds: Die Amadeu Antonio Stiftung hatte ein sehr gutes Beispiel mit dem sehr niedrigschwelligen Projekt- und Soforthilfefonds für Betroffene. Wäre das etwas, was ganz praktisch helfen würde, wenn es so etwas nicht von einer Stiftung, sondern von der Senatsverwaltung et cetera aufgelegt gäbe? Dazu würde mich die Einschätzung interessieren.

Zum Thema, wie der Kontakt mit der Polizei ist, haben die Kollegen gerade schon gefragt. Das spare ich mir jetzt. Mich würde interessieren, wie die Reaktionen aus dem Kiez sind, denn die Projekte sind sehr lange im Kiez verankert und im Kiez sehr sichtbar und haben daher auch viel Vernetzung. Deswegen würde mich interessieren, ob es auch ganz konkret Reaktionen aus der Nachbarschaft gab.

Ich habe in der Zeitung gelesen, dass eine Nachbarin auf mindestens einen der Angriffe aufmerksam gemacht hat und das beobachtet und gemeldet hat. Das ist bei allem Schlechten auch schon mal ein gutes Zeichen, dass die Aufmerksamkeit auf die Projekte aus der Nachbarschaft da ist und dass nicht weggeschaut und das ignoriert wird.

Vielleicht als Letztes noch, weil es auch andere Projekte und Institutionen gibt, die leider auch von solchen Angriffen betroffen sind und hier auch schon genannt wurden – Schwules Museum, Sonntags-Club, RuT et cetera –, die Frage, wie da der Austausch ist. Sind Sie miteinander im Gespräch, um vielleicht die leider sehr negativen Erfahrungen miteinander zu teilen und zu fragen: Als das bei euch war, was habt ihr gemacht, habt ihr einen Tipp, gibt es Best Practices? – Best Practice klingt in dem Zusammenhang wirklich sehr unschön, aber ich glaube, Sie wissen, was gemeint ist. Gibt es Beispiele von anderen Institutionen, die irgendwelche Maßnahmen getroffen haben, von denen Sie vielleicht jetzt profitieren können? – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Sie hatten sich eben gemeldet, Herr Hampel, aber Sie müssen sich noch ein bisschen gedulden, ich habe noch zwei Abgeordnete, die ich drannehme, und dann sind Sie mit der Antwortrunde dran. – Dann hat jetzt Frau Knack das Wort. – Bitte!

Lisa-Bettina Knack (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich habe nur noch zwei ganz kurze Nachfragen, weil schon sehr viel gefragt wurde. Bezüglich der Stiftung, die jetzt schon angesprochen worden ist, ist es, glaube ich, so, dass man im Endeffekt erst reparieren kann, wenn man die Zusage bekommen hat, dass Sie die Kosten für die Schallwände übernehmen. Das ist im Endeffekt ehrlicherweise keine richtige Hilfe. Dementsprechend müsste theoretisch die Hilfe, wenn wir so etwas machen, wenn wir solche Töpfe auflegen, eigentlich so ablaufen: Man meldet den Schaden. Man macht ein Foto, wie bei einer Versicherung, man kann es aber schon reparieren, und man kriegt das Geld im Nachhinein ausgezahlt. – Es wäre dann eine konkrete Maßnahme, zu sagen, okay, da funktioniert offensichtlich das System nicht, das müsste man bei der Beantragung theoretisch eigentlich anpassen, damit es wirklich kurzfristig zur Hilfe kommt.

Mein zweite Frage wäre, ob durch zum Beispiel eine Verstärkung von den Nachtbürgermeistern die Wahrscheinlichkeit besteht, dass die Menschen im Nollendorfkiez sich wieder sicherer fühlen. Gibt es konkrete, spürbare Nachwirkungen von den Übergriffen in Form davon, dass weniger Menschen zur Beratung kommen? Haben einige angesprochen, dass sie sich erst nach mehreren Anläufen getraut haben hinzukommen, weil sie es in der Presse oder auf einer Social-Media-Seite gelesen haben? Gibt es dazu irgendetwas Valides oder Gefühlses zu berichten, oder sind überhaupt gar keine Auswirkungen zu sehen? – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann Frau Senge, bitte!

Katharina Senge (CDU): Vielen Dank an Sie beide, Herr Finke und Herr Hampel, dass Sie heute hergekommen sind, sich die Zeit genommen haben, auch in diesem Rahmen noch mal zu berichten! Viele von uns waren in den letzten Wochen vor Ort und haben sich das angeschaut und Solidarität bekundet. Aber ich schließe mich meiner Kollegin voll und ganz an: Diese Solidaritätsbekundungen kommen einem irgendwann nicht mehr so richtig über die Lippen, nicht, weil man sie nicht fühlt oder denkt, sondern weil man irgendwann das Gefühl

hat: Wie oft soll man das noch machen? Es muss sich ja eigentlich mal etwas konkret verändern.

Ich kann auch berichten, da ich im Schöneberger Norden sehr aktiv bin, dort mein Bürgerbüro habe, dass dort eigentlich in jeder Bürgersprechstunde Anwohner aus dem Kiez kommen, die von Vorfällen im öffentlichen Raum berichten, wo sie auf das Übelste beschimpft werden, wo es auch um Nachbarschaftskonflikte geht, beziehungsweise sind es zum Teil Menschen, die dort wohnen oder die dort die Restaurants besuchen. Man kennt sich also. Es gibt dieses Gefühl, dass diese Angriffe im Kiez zunehmen, dass die Aggression zunimmt und die Hemmschwelle sinkt, dass man sich immer wieder über den Weg läuft, zum Teil auch bekannt ist, wo man wohnt. Ich bin immer, obwohl ich es schlimm finde, doch beeindruckt, wie sich die Angegriffenen dann zur Wehr setzen und verteidigen, aber eigentlich ist es schlimm. Die Vokabeln, die benutzt werden, sind von „die Schlinge zieht sich enger“ bis zu „unser sicherer Raum wird immer kleiner“. Dieser Bereich, wo sie Hand in Hand auf der Straße gehen können, ohne angeschrien oder beleidigt zu werden, wird gefühlt immer kleiner. Wir haben es heute auch schon gehört, dass aus den Autos heraus gerufen wird und so weiter.

Aber wir, die wir hier sitzen, kennen das alle und müssen uns das, glaube ich, nicht noch mal erzählen, wobei es wahrscheinlich wichtig ist, das auch hier noch mal so darzustellen. Mich würde noch mal der öffentliche Raum interessieren, das ist schon angesprochen worden, auch mit Blick auf die konkreten Maßnahmen. Sie haben Ihre Räumlichkeiten am Nollendorfplatz. Da gibt es einiges, was man machen könnte, um diesen Platz ein bisschen sicherer zu gestalten, das Sicherheitsgefühl zu erhöhen. Wir haben heute hier im Ausschuss das ASOG oder unsere Mitberatung beschlossen. Darin ist auch eine Regelung, die überhaupt erst mal die Rechtsgrundlage für diese Notrufsäule schafft, die wir dort im Bezirk aufstellen wollen, die jetzt gerade allerdings zu scheitern droht, weil es im Bezirk nicht gelingt, sie aufzubauen. Jetzt ist wohl auch die Stiftung abgesprungen, die bereit war, das zu finanzieren. Es gibt also auch Ideen und Vorschläge für sehr konkrete Maßnahmen vor Ort, um diesen Kiez sicherer zu machen, das Sicherheitsgefühl zu erhöhen. Mich würde noch mal interessieren, wie Ihre Wünsche und Erwartungen oder auch Vorstellungen dazu sind. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: So, das war die Runde der Abgeordneten. Dann hätten Sie die Möglichkeit zu antworten. – [Zuruf von Cansel Kiziltepe (SenASGIVA)] – Jetzt oder erst danach? – Entschuldigung! Dann hat jetzt erst mal die Senatorin um das Wort gebeten. Sie hat hier Vorrang, von daher muss ich ihr erst mal das Wort geben. – Bitte!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank! – Vielen Dank für die Nachsicht! Ich hatte gesagt, dass ich um 16 Uhr gehen muss, deshalb würde ich gern jetzt etwas sagen, auch weil Herr Abgeordneter Lederer hier Sachen gesagt hat, die ich so nicht stehen lassen möchte, ehrlich gesagt.

Herr Lederer, Sie tun so, als ob wir gar nichts tun. Wir haben die IGSV, das ist der Rahmen, wir haben das 2023 gemeinsam – Sie waren auch dabei – veröffentlicht. Wir haben dort über 347 Einzelmaßnahmen, und wir sind in der Umsetzung dieser Maßnahmen. Sie haben den Eindruck vermittelt, dass wir Hassgewalt gegen queere Schutzräume einfach an die LOTTO-Stiftung weitergeben, und die sollen das dann finanzieren. Ich habe diese Broschüre nicht umsonst verteilt. Darin steht unter Punkt 4 „Finanzielle Unterstützung“, dass wir natürlich Soforthilfefonds für Betroffene haben, was über die Amadeu Antonio Stiftung durch unsere

Förderung angeboten wird, aber es gibt auch einen Fonds zur Unterstützung von Betroffenen politisch-extremistischer Gewalt, den wir auch fördern. Bei Mann-O-Meter e. V. war es so – das wurde auch von Herrn Hampel geschildert –, dass diese Fensterscheiben versichert waren, die Versicherung sich dann aber irgendwann geweigert hat, weil es sich wiederholt hat, und deshalb der Antrag bei der LOTTO-Stiftung für Panzerscheiben gestellt worden ist, um hier vielleicht dauerhaft für Abhilfe zu sorgen. Was ich damit sagen will, ist: Der Antrag lag vor, im Sommer schon, und der letzte Vorfall war Ende September. Deshalb haben wir auf diesem Wege – es sind immerhin 250 000 Euro – unser Votum sofort abgegeben, damit das über die LOTTO-Stiftung finanziert werden kann.

Was die Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit angeht – das ist die Maßnahme 2 aus unserer IGSV hier in Berlin –, sind wir mitten in der Umsetzung. Unser Plan ist es, dass das bis Ende des Jahres durch den Senat geht. Das ist aber unser Plan. Wir gehen nächste Woche in die Mitzeichnung. Wir haben die frühzeitige Beteiligung beendet, und dann sind wir natürlich auf die anderen Häuser angewiesen. Das wollte ich hier noch mal erwähnen. – Ich bedanke mich ganz herzlich und freue mich, Sie bald wiederzusehen!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann danke ich der Senatorin, dass sie mich noch mal daran erinnert hat. Wir hatten in der Tat vor Beginn der Sitzung angekündigt, dass sie gegen 16 Uhr gehen muss. – [Zuruf von Dr. Klaus Lederer (LINKE)] – Herr Dr. Lederer, jetzt sofort? – Bitte!

Dr. Klaus Lederer (LINKE): Wenn die Senatorin muss, muss ich auch noch mal. Ich weiß nicht, zum einen habe ich über die Art und Weise des Settings hier gesprochen, in dem wir das heute hier verhandeln. Das betrifft Sie gar nicht, da müssen Sie sich nicht angegriffen fühlen.

Zweitens: Lesen Sie manchmal die Antworten auf Ihre eigenen Anfragen? – Ja. Dann ist gut. Dann lese ich mal vor, was Sie zum Hoven geantwortet haben. Ich habe mich mit dem Menschen, der das Hoven betreibt – Namen nenne ich keine –, den ganzen Prozess über immer wieder regelmäßig getroffen. Der hat mir gesagt, am Ende war keine wirkliche Hilfe für ihn da, außer, wie gesagt, große Runde Tische mit viel Lametta, die stattgefunden haben. Es gab die Frage 10: Welche Unterstützung stellt das Land Berlin solchen Orten, die von queerfeindlicher Gewalt betroffen sind, zur Verfügung, um fortgesetzte materielle Schäden schnell beheben zu können, ohne in unverschuldete große wirtschaftliche Härten und Existenznot zu geraten? – Das ist ungefähr die Frage, die vorhin Frau Knack im Übrigen auch gestellt hat, völlig zu Recht, denn das ist genau der entscheidende Punkt. Darauf antwortet mir der Senat, also Sie:

„Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt fördert grundsätzlich bauliche Schutzmaßnahmen im Rahmen der Unterstützung von Betroffenen politisch-extremistischer Gewalt und Diskriminierung. Diese sollen ab 2025 von der Amadeu Antonio Stiftung umgesetzt werden.“

Klammer auf – Anmerkung vom Hoven –: Ist so kompliziert, hilft einem gar nicht, es gibt Grenzen nach oben, kann man vergessen, der Aufwand ist größer als der Nutzen – Klammer zu. Dann geht es hier weiter:

„Mit der neuen beziehungsweise überarbeiteten Richtlinie sollen Bau- und Sicherungsmaßnahmen (zum Beispiel einbruchhemmende Türen und/oder Fenster) finanziert werden. Eine Finanzierung beispielsweise der Behebung von Sachschäden (zum Beispiel Reparatur von beschädigten Fenstern oder Türen) ist aufgrund eingeschränkter Unterstützungsmöglichkeiten allerdings derzeit nicht vorgesehen“.

– Das ist Ihre Antwort. Punkt. Schönen Tag noch!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann sind jetzt die Anzuhörenden an der Reihe. Ich glaube, vorhin wollte Herr Hampel starten. – Dann tun Sie das, bitte!

Rudolf Hampel (Mann-O-Meter e. V.): Ich fange mal mit dem lieben Geld an. Es ist nicht ganz sinnfrei, wenn wir uns auch außerhalb der Zuwendungen umgucken, wo wir Gelder aufreiben können. Ich glaube, da sind wir schon ziemlich kreativ. Ich mache das jetzt mal an dem Beispiel deutlich: Die neuen Fenster für die Räume von MANEO haben wir zu 80 Prozent über den Paritätischen finanziert, das waren 38 000 Euro. Den Rest konnten wir über Spenden finanzieren. Deswegen sind wir da ganz gut durchgekommen.

Zu dem LOTTO-Antrag: Lieber Sebastian, da geht es nicht um eine Scheibe, da geht es um die Rundumverglasung, und das ist eine Hausnummer. Sie kennen unseren Antrag, das heißt, 250 000 Euro, wenn wir damit durch sind, sind wir schon mal gut dabei. Es ist auch nicht ganz blöde, angesichts der Haushaltslage mal zu gucken, wo wir sonst noch irgendwas aufreiben können. Von daher: Wenn der LOTTO-Antrag durchkommt, wofür ich noch mal werben möchte, dann sind wir, was unsere Sicherheitsmaßnahmen betrifft, schon mal eine ganze Runde weiter.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Herr Hampel! – Dann Herr Finke, bitte!

Bastian Finke (MANEO): Ich habe mir ein paar Punkte aufgeschrieben, unter anderem die Zusammenarbeit mit der Polizei. Ich kann immer wieder nur betonen: Hervorragend! Wir haben sehr viel Kommunikation, auch über die Vorfälle, mit dem zuständigen Abschnitt und dem Abschnittsleiter gehabt. Wir haben mit unseren LSBTI+-Ansprechpersonen bei der Polizei rege kommuniziert, wir haben mit dem Staatsschutz rege kommuniziert. Sie waren auch vor Ort, haben sich das mit der Videokamera angeguckt. Wir haben Videokameras am Haus, aber die sind inaktiv, weil – so hat uns der Hausmeister erzählt – ein Anwohner dagegen geklagt hat, und deshalb mussten sie wieder deaktiviert werden. Da sind wir aber auch – – Der kriminaltechnische Dienst von der Polizei war kürzlich bei uns und hat uns noch mal vollumfänglich beraten, was wir noch verbessern können. Das ist aber auch alles wieder mit Geld verbunden.

Zu dem Hoven, wie gerade angesprochen: Ich hatte selber diesen Kontakt mit der Amadeu Antonio Stiftung hergestellt. Wir haben uns zusammengesetzt und beraten, was machbar ist. Es sieht alles sehr kompliziert aus, das muss man wirklich sagen. Da ist diese Soforthilfe kaum umsetzbar, zumindest nicht in dem Umfang, um diesen Schaden zu regulieren. Das hat sich auch bei uns herausgestellt. Bei uns war nämlich auch die Amadeu Antonio Stiftung, hat sich alles angeschaut und dann festgestellt, dass die Reparaturen oder weiteren Sicherungen, die wir brauchen, in dieser Form gar nicht finanziert werden können. Darüber könnten wir aber vielleicht noch mal reden, denn bei Kameras könnten sie uns helfen, wenn es darum

geht, Kameras zu installieren, aber das ist ein sehr aufwendiges Verfahren, ob wir überhaupt Kameras in welcher Form installieren können. Wir stehen mit der Hausverwaltung in Kontakt, denn das Grundstück ist nicht abgegrenzt. Wir müssen weiter überlegen, ob es Möglichkeiten gibt, einen Zaun zu bauen, damit zumindest ein Durchgang gesperrt ist und dort nicht mehr alle Leute so schnell flüchten können. Wir sind gerade intensiv mit vielen Stellen im Gespräch, und das hält zeitlich enorm auf. Erster Punkt.

Zweiter Punkt, Nachbarschaft: Wir haben sehr viel Solidarität aus dem Regenbogenkiez heraus erfahren. Wirte haben uns besucht. Ganz hervorragend ist auch das Verhältnis mit unseren unmittelbaren Nachbarn, die über uns wohnen. Da hat sogar eine Anwohnerin eine Initiative gestartet, zur Solidarität aufgerufen. Wir verstehen uns wirklich mit ganz vielen Menschen in unserem unmittelbaren Umfeld sehr gut. Leider – das habe ich vorhin angesprochen – sind viele Anwohner und auch Geschäftsbetreibende im Regenbogenkiez selber immer wieder von Vorfällen betroffen. Das nagt an den Nerven. Wir stehen, weil wir als MANEO für das Bezirksamt auch noch das Projekt Nachtbürgermeister Regenbogenkiez übernommen haben, in regelmäßigem Austausch mit den Polizeiabschnitten, mit dem Bezirksamt. Wir haben regelmäßige Steuerungsunden mit Geschäftsbetreibenden im Regenbogenkiez auch über diese Vorfälle. Wir versuchen, Lösungen herauszuarbeiten, was manchmal viel Zeit braucht. Es gibt viele Mechanismen, die da sind, aber trotzdem steigen die Zahlen der Übergriffe, leider steigen nicht die Hilfsmaßnahmen, die wir dafür brauchen, das muss man auch ganz klar sagen, wenn ich davon spreche.

Wir arbeiten im Turbogang. Wir waren die Ersten, die nach dem Buttersäureanschlag auf die Schwulenberatung mit der Schwulenberatung ins Gespräch gekommen sind, mit der Regenbogen-Kita, und ich selber bin hingefahren und habe mit 20 der Kindergärtnerinnen und Kindergärtner ein erstes Krisengespräch durchgeführt. Wir waren auch die Ersten, die sich mit dem Schwulen Museum in Verbindung gesetzt haben, um zu gucken: Was können wir dort für Angebote machen? – Da ist auch eine Kommunikation zwischen unseren Beratungsstellen vorhanden. Sie reicht nur einfach nicht aus, weil wieder mal die Kapazitäten überhaupt nicht vorhanden sind und ausreichen. Wir müssten an so vielen Stellen gleichzeitig irgendwas ansetzen, aber sorry, wir haben nicht das Geld, wir haben nicht die Ressourcen. Deshalb immer wieder mein Appell: Hier muss an den bewährten Organisationen verstärkt werden. Es gibt sie ja. Wir brauchen nicht 100 neue Maßnahmen, sondern wir brauchen die, die da sind, und die sollten auch verstärkt werden. Das also nur noch mal zu den Punkten, die ich mir hier gerade aufgeschrieben habe.

Zum Nachtbürgermeister ganz kurz noch: Es wäre sehr sinnvoll, wenn noch mehr dort tätig wären, aber wir stecken auch dort in einer Falle, von der auch die Polizei immer wieder berichtet. Die Polizei sagt: Wir können nicht zu jedem Zeitpunkt an jedem Ort sein. – Wenn dann die Nachlichter herumlaufen oder der Nachtbürgermeister durch den Kiez läuft, dann geht das eben auch nicht. Wir arbeiten dort an Mechanismen, wo Hilfe zur Selbsthilfe, aber auch mehr Solidarität funktioniert. – So viel erst mal von meiner Seite aus. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank auch für Ihre Worte! – Wir wünschen Ihnen im Namen des Ausschusses noch mal viel Kraft und weiterhin viel Erfolg für Ihre wichtige, wertvolle Arbeit für die Menschen, die diese Unterstützung brauchen. Dieser Ausschuss steht zu Ihnen, hilft Ihnen, und wenn Sie weitere Hinweise und Anliegen haben, können Sie sich natürlich immer vertrauensvoll an die unterschiedlichen Fraktionen wenden. Das machen Sie

auch, und das ist auch gut so. Wir stehen, glaube ich, ganz gut in einem engen Dialog. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit und hoffen, dass diese Taten endlich eingestellt werden können. Die benötigte Unterstützung von unserer Seite haben Sie.

Sie könnten, wenn Sie wollen, die letzte halbe Stunde dem Ausschuss folgen, oder ich entlasse Sie jetzt in den wohlverdienten möglicherweise Feierabend oder den nächsten Programmtagesordnungspunkt, den Sie noch haben. Viel Erfolg! Vielen Dank fürs Kommen und auch für die kurzfristige Möglichkeit, hier dem Ausschuss zur Verfügung zu stehen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir vertagen den Tagesordnungspunkt, bis das Wortprotokoll da ist. Das ist unser übliches Verfahren. – Dann machen wir das so. Dann ist auch dieser Tagesordnungspunkt beendet.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Situation und Planungen in der Großunterkunft
Tegel**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0218](#)
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.